



Die "Goldmark" erscheint wöchentlich 6 mal und ist
an der "Goldmarkt", neue Graupenstraße Nr. 5, durch die jeweils
rechteckige Fenster zu sehen. Kartausgabe 1 M., sonst durch alle Aus-
gaben. Postkarte freibleibend! Bezugspreis im voraus zu
abenteilich 30 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die
Post frei ins Haus 2,8 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Berlagerort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprach-Anschluss: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postleitzahl-Konto: Postleitz.-Amt Breslau Nr. 5852

Einzelnummer: 12 Pf. auswärts 15 Pf. Anzeigen unter 12
Pf. Seitenanzeige 10 Pf. Familienanzeige 12 Pf. Stellenanzeige, Vereins-
Gesammlungs- und Wohnungsanzeige 6 Pf. Kleine Anzeigen pro
Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die ganze Nummer
müssen bis vormittags 11 Uhr in den vorher im der Haupt-Expedition
Bürostraße 40 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Trotzis Nachfolger.

Plau, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Als Nach-
folger auf dem Posten des Chefs der Roten Armee ist
in St. Petersburg gewählt worden.

schimpflische Absetzung Trotzis und die Ernen-
nung eines Nachfolgers sind nicht, ausfällig gerade zum
Tage von Lenins Tod erfolgt, denn hier nach seiner
Rechnung gewissermaßen ein Menschenvor-
alt seines alten Konkurrenten geschlachtet wird.
hat als Gewaltspieler unsere Sympathien in
Augenblick seiner Amtszeit gewonnen. Aber auch
dieser mußte angeben, daß dieser alte, marxistisch ge-
revolutionär, der, neben Lenin der eigentliche
Führer der bolschewistischen Revolution und der
der Roten Armee, Ziele und Mittel ab-
verstand. Der Sieg über die gegenrevolutionären
Generale war, soweit Führerleistung in Frage
im Werk, und ebenso der technisch glänzende An-
griff des bolschewistischen Weltpropaganda. Es liegt in
der Diktatur, daß die erste Kämpfer-
partei, — im illegalen Machtkreis verhüllt,
verbirgt, aber auch gefährdet, — keine ent-
wickelnde Nachfolge findet, sobald einmal die
überwältigt ist. Der zweite Generation der Dik-
tatur bleiben die Kämpfe ja erspart, und sie kann
vers als das in der Demokratie gleichheit — nur
gehörig gegen die einmal eingesetzten Machthaber
wärts gelangen. Das zeigt ja die gefügige
der ganzen kommunistischen Unterführer gegen
jeweil-Zentrale. Trotzki bekam Angst vor diesem
und wünschte, in der Jugend neue Diskussionen.
Das konnte ihm nicht verziehen werden.
Er Mann, der an seine Stelle tritt, von
aus übrigens Pole und nicht Russen, ist aus anderem
Sinn wie er. Er ist der grausame Organisator
der russischen Geheimpolizei, der
und ihre Blutattaten. Ein rücksichtsloser Gewalt-
hat er für die tieferen politischen Zusammen-
Sinn bewiesen, die Trotzki einseitig aber ernst-
zuvierte, bis er sich durch zu viel Denken aus der
politisch, die gedankenlosen Erforscher verlangt,
gedacht hatte.

Braun und Severing im Kampf.

Zu Beginn der gestrigen Landtags-Sitzung nahm der Ministerpräsident das Wort.

Ministerpräsident Otto Braun

sagte: Die Leistungen der Großen Koalition sind von den Rednern kritisiert worden. Der Abg. Ladendorff hat erklärt, die "Aus-
wüchse des Kapitalismus" hätten sich besonders unter dem be-
herrschenden Einfluß der Sozialdemokraten freigesetzt. Das ist
eine Freileitung. Bestimmenden Einfluß hat die
Sozialdemokratie in den letzten Jahren nicht
gehabt. (Lachen rechts.) — Leider nicht! (Erneutes Lachen
rechts.) Wenn Hunderttausende von Mittelstandsgesetzten zu
Beiteln geworden sind, so sind diejenigen daran schuld, die die
Steuern mit entwerteten Geldern gezahlt haben, so sind Regie-
rungen daran schuld wie das Kabinett Euno. In Bayern
haben Ihr (nach rechts) Geltungsergebnisse in den letzten
Jahren geherrscht, und wir haben die gleichen Ereignisse wie
überall. Herr Ladendorff hat auch behauptet, die Zwangswirtschaft sei die Quelle der Korruption. Auch das trifft nicht zu.
Die Zwangswirtschaft war eine Folge des Krieges. Alle diese
Bestimmungen beruhen doch auf Rechtsseitigkeit. (Aufmerksamkeit
Kurze und Zwischenrufe rechts.) Die Ausführungen des Herrn
Wulff waren nichts als der Exitus einer antisemitischen Wahl-
rede. (Durchdringen sind in Plauen nach Deutschland hereingekommen
worden, als General Ladendorff das Zeichen dazu gab
(Lachen rechts), als er die Proklamation erließ, „an die Jüden
zu Paar“).

Denkten Sie (nach rechts) an die einseitige konser-
vative Herrschaft vor dem Kriege, wenn Sie von einer
einseitigen Personalpolitik des Ministeriums Braun-Severing
sprechen. Sie wollen das alte Preußen restlos wieder herstellen.
Unterbrechungen rechts. Präsident Bartels hätte, den Minister-
präsidenten reden zu lassen. Denken Sie daran, was Bi-
marke über die Verhandlungen der Kreuzzeitung gesagt hat.
Sie (nach rechts) sind schuld, wenn sich heutzutage ein
Sumpf aufgetan hat in der nationalen Presse. (Lebhafte
Beifall in der Mitte. Unruhe.)

Denkten Sie weiter an den „treudentutschen“ Bankier
Brügel, der sich seiner völkischen Besitzungen rühmt, wenn
Sie von Korruption sprechen! Der „Amtliche Preußische
Pressedirektor“ ist bezichtigt worden, von den Baraths Geld erhalten
zu haben; das ist völlig unwahr. Was die Ausführungen des
Herrn Baerke angeht über die Auslegung der Verfassung, so
scheint mir das Gutachten des Justizministers und die Rede des
Justizabgeordneten Schmidt doch wertvoller und überzeugender
zu sein. Der Zweck der Uebung der Rechten ist einzig,
eine sozialistische Regierung zu schaffen. Die
Deutsche Volkspartei erinnere ich an die Worte, die Stresemann
über die Notwendigkeit der Volksgemeinschaft gesagt hat. Ferner
hat der Abgeordnete Dr. Leidig die Zusammenarbeit mit den
Sozialdemokraten empfohlen. Zeit aber scheint der Partei die
Gefahr von Seiten der Arbeiterschaft vorüber zu sein, so daß man
sie ausschalten und in die Opposition drängen kann.
Treiben Sie nur diese falsche Politik weiter.
Sie werden sie noch sehr bedauern. (Lebhafter Beifall
bei den Soz. Widerpruch rechts.)

Abg. Stendel (DP) willt Braun vor, er habe nicht als
Ministerpräsident gekommen, sondern als sozialdemokratischer Ab-
geordneter. Der volksparteiliche Redner vertritt noch einmal
die Ausführungen seiner Partei über die Auslegung der Ver-
fassung. Bei der Demonstration am 9. Januar handelte es sich
darum, daß die Ansicht des Ministerpräsidenten weniger auf eine
würdige Rundgebung hinausging, als darauf, zu dokumentieren:
Wie kann keiner. (Beifall rechts, lebhafte Widerpruch links).
Dann aber hat der Ministerpräsident eine unerhörte Erigierung
begangen. Er sagt, wenn jemand am Zusammendruck schuld sei,
so seien es höchstens diejenigen, die das deutsche Volk in den
Krieg gebracht haben.

Wie ist dieser Satz mit dieser Stellungnahme gegen die
Kriegsschuldige zu vereinen?

Ministerpräsident Braun

verfasst nach dem Szenogramm, was er gesagt hatte. Der Satz
lautet:

"Wenn überhaupt Menschen die Revolution geschaffen
haben, so waren es erkennbar die Kräfte, die zum Weihblut fortgesetzt
haben."

Diesen Satz holte er voll aufrecht. (Die Deutshna-
tionalen rufen „Psui“ und „Schamlos“ und verlassen wieder
den Demonstrationsaal. Die Volksparteile blieben dagegen im
Saal anwesend.)

Der Ministerpräsident bringt Material für seine Behauptung
vor, und verliest einzelne Neuhebungen. (Vorleser
aus dem Jahre 1918, in denen gerade der Krieg lebensfähig
erwartet wurde. Er fügt hinzu: Selbstverständlich gab es nicht
nur in Deutschland Kriegsgefechte, sondern auch in England und
Frankreich. Die Schuldfrage darf nicht durch eine andere
Sache erweitert werden, sondern nur durch die Wahrheit, und einem
preußischen Ministerpräsidenten muß es noch erlaubt sein, im
Parlament Preußens der Wahrheit die Ehre zu geben.)

Minister des Innern Severing:

Auch mir hat man unterstellt, ich hätte in Wahlversammlungen von der Schulden Deutschlands am Kriege geredet. Ich habe mich in allen Wählerversammlungen genau so gehandelt wie eben
der Ministerpräsident. (Lebhafte Beifall in der Mitte.) Ich habe
zunächst hervorgehoben, daß ich mit meiner gesamten Partei und
mit allen Deutschen darin bin, daß die Verhandlung des
Vertragsertrages eine Schuldfrage ist, und ich habe erklärt,

unseren Einfluß in der Sozialdemokratie benutzen zu wollen, um
diese Lüge als Lüge zu kennzeichnen; aber ich habe, wie
der Ministerpräsident hinzugefügt, daß die Kaiserliche
Politik bis 1914 mit der Atmosphäre geprägt hat,
die im Juli 1914 zum Kriegsausbruch führte.
(Psuitse auf der Rechten.) Ich habe am vorigen Sonntag die
Freude gehabt, in einer Verhandlung, in der der Gouverneur
Dr. Schnee, Mitglied der Deutschen Volkspartei, und Prof.
Deichmann auftraten, beide Redner meine Auf-
sichtung der Kriegsschuldsfrage vollständig teilen zu
können. (Große Unruhe rechts.) Zu meiner Genugtuung sprach
auch der Gouverneur Schnee von einer Schuld der
deutschen Politik vor dem Kriege. (Unruhe und
Widerpruch bei der Deutschen Volkspartei.)

In einer Rücksicht, die der deutsch-nationale Abg. Kischöbel
im Wahlkampf verbreitet, wird mit nachgelagt. Ich hätte Landes-
verrat geübt, denn ich hätte in diesem Hause am 11. April 1920
von den bewaffneten Einwohnerwehren gesprochen. Ich hätte
damit nur festgestellt, was in ganz Preußen jeder wußte, und
was die Alliierten nach besser wußten als ich. Meine erste Auf-
gabe als Minister bestand darin, die im Moment gelegentlich des
Kapp-Putschs entstandenen Arbeiterwehren aufzulösen. Die Au-
flösung der Einwohnerwehren ist uns von der Reichsregierung an-
empfohlen, und wir sind dazu entsprechend angewiesen worden,
aber ich habe auch aus innerer Überzeugung dieser Anweisung
entprochen, weil es noch meiner Ansicht in Preußen nicht möglich
ist, bewaffnete Organisationen derart zu dulden.

Der Minister gibt eine Reihe von Beispiele, um den Zu-
sammenhang der Bevölkerungsorganisationen zu er-
weisen, so auch das Zusammenarbeiten des „Stahlhelms“ und
anderer Organisationen mit der Technischen Hochschule. Der Minister
teilt dann einen Bericht eines Oberleutnants in Mellerburg an
die Freiheitspartei mit, wonach diese Ritter Mecklenburgs ihren
Eltern Silbergerät „gefau“ hatten und auch sonst über be-
schaumt waren, und wonach jedoch von ihnen aus dem Ge-
fangnis gekommen seien wegen Notzucht u. a. So leben
„patriotische Verbände“ aus! Im vergangenen Jahr haben
sich Herren der Volkspartei gebeten, gegenüber gewissen Vor-
gängen, besonders in Brandenburg, ein ausserordentlicher Nutzen zu
haben. (Hört! Hört!) Heute ist es anders. Häute ich nicht so
eingetragen, so wäre es mit der Staatsautorität vorbei.
Auch der Reichsinnenminister hat mich eur die Gefahren gewis-
sener Vaterländischer Organisationen aufmerksam gemacht.

Aun zur Personalpolitik! Die Annahme von
Außenleitern soll die Verwaltung unzuverlässig gemacht haben;
dabei haben die Herren der Deutschen Volkspartei
selbst Außenleiter empfohlen. Bei der Auswahl soll
ich nicht die nötige Sorgfalt beobachtet haben. Der Vorwurf
kann ich der Deutschen Volkspartei zurückgeben. Ich erinnere einen
Herrn, der sich an die Deutsche Volkspartei heranpirsche, um ein
Landratsamt zu bekommen. Als das Herr Siegfried Weber
von mir nicht erhielt, hat er dann in der „Kreuzzeitung“ und
in der „Deutschen Tageszeitung“ Artikel erheben lassen. Der
„Tag“ schreibt, der Endkampf werde schließlich gegen die Lüge ge-
führt. Das unterstreiche ich. Ihre (nach rechts) Augen
gegen mich reichen nicht an meine Füße! (Lärm rechts.)
Während Zeitungen haben mich der Beziehung
mit Schiebern bezichtigt und eine Reihe von Namen angegeben,
mit denen ich nie etwas zu tun gehabt habe. Hermann
Lindt hat geagt: Gemeindevertretung schließlich an sich selbst.

Der psychologische Moment für eine Rechtsregierung soll
jetzt gekommen sein. Meines Erachtens ist eine stabile Re-
gierung nur zu schaffen auf dem Boden der
Großen Koalition. (Sturm. Beifall i. d. Mitte. Un-
haltende Widerpruchsfundgebung rechts.)

Abg. Dr. Preuß (Dem.) weist die Gründe der Deutschen
Volkspartei für Spaltung der Großen Koalition als nicht stich-
haltig zurück. Weil der Vorwurf der Korruption erhoben
wurde, ob wahr oder unwahr, soll die Koalition verschwinden. So
kann man nicht argumentieren. Hat sich doch auch Herr
Stresemann angreifen lassen müssen wegen eines Schwieger-
vaters, den er gar nicht besaß.

Die Volkspartei will nicht mehr eine Brücke vom Alten
zum Neuen, sondern umgekehrt. Ich würde es für logisch halten,
die Bildung der Regierung der Republik den
Republikanern zu überlassen. Im parlamentarischen
System muß man sich seine Leute ansehen, um zu beurteilen, wessen
Erklärungen man glauben kann und wessen nicht. Erklärungen
allein haben keinen Wert! Wenn man Verhandlungssteinde an die
Regierung stellt, so muß ja auch dem Auslande die ganze
Deutsche Republik als Attrappe erscheinen, zumal
wenn ein Mann darunter steht, der den Eid auf die
Verfassung verwirkt hat. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Der Reichspräsident hat die bewunderungswürdige Selbst-
überwindung geübt, ein Ministerium der Rechten zu ernennen.
(Ausruf: Denken Sie an die Wehrheit!) Haben Sie (nach rechts)
vielleicht eine Wehrheit? Doch nur durch die Duldung des
Zentrums. Dürden kann man aber unter Umständen etwas, was
man ja tun absieht. In Preußen kommt es aber auf das Tun
an, nämlich auf das Wählen. Gelingt es wirklich, das
Ministerium Braun tatsächlich zu machen, so ist die einzige
mögliche Koalition die alte Weimarer. Wenn im Reiche die
Deutsche Republik an einer Rechtsregierung gelangt, so ist
durch das der Mangel an Energie. Die Aufgabe
Preußens muß es sein, die diese Entwicklung für Preußen zu
verhindern. Preußen muß Schutz des Reiches sein gegen die
Reaktion. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Abg. Freiherr v. Wangenheim (Di. Hann.): Wir werden
uns nach keiner Richtung schließen, sondern uns der weiteren
politischen Entwicklung gegenüber durchaus adäquat verhalten.
Ein Schlusshintrag wird angenommen.

Luther antwortet im Reichstag.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Dr. Leo Weißer (Dem.) betont, dass ganze deutsche Volk bei einer in der Beurteilung der rechts- und vertragswidrigen Weiterverteilung der Kölner Zone. Wenn gesunden sind, so bieten sie doch für die Richterung nicht einen Grund, sondern nur einen Vorwand. (Lebh. Zustimmung) Wenn jetzt eine Reichsregierung kommt, so ist das die Folge der fünf Jahre Verdrölung und Aufhebung Deutschlands durch die Entente, die dazu gejährt hat, daß schließlich auch das Zentrum matt geworden ist. Jede Regierung wird die Außenpolitik fortsetzen müssen, die wir fünf Jahre lang gemacht haben. Das bedeutet auch die Regierungserklärung, deren außenpolitisches Teil wir im großen und ganzen bestimmen können. Auch die Deutschen nationalen können keine andere Politik machen. Was bisher in großen Reden dagegen vorgetragen, waren Wallungen des Herzens, die nicht bis zum Gehirn vordringen sind. Die Deutschen nationalen im Kabinett werden die Außenpolitik auch nicht ändern. Sie verschaffen uns aber das Recht des Auslandes. Dieses Misstrauen ist unzureichend. Im Ausland begeht man den Irrtum, unter Deutschen nationalen für Wohl in Schweden zu halten. Letzlich habe ich nur Wohlspiele umgehängt — was darunter steht, braucht ich nicht zu sagen. (Heiterkeit.) Wir werden der Regierung in der Außenpolitik nicht von vornherein Opposition machen. Die Versprechungen sind Erfüllungen, die die Deutschen nationalen fünf Jahre hindurch abgegeben haben, vertragen sich nicht mit der Regierungserklärung. Entweder sie müssen ihre Wähler vertreten oder den Reichskanzler, oder obwohl alle beide. (Lebh. Zustimmung links.) Wir erwarten darum den Reichskanzler, er möge den Reichsinnenminister anweisen, darauf Bedacht zu nehmen, daß der Vizepräsident des Reichstages dem Herrn Reichspräsidenten die ihm zugeschriebene Ehre erweist. (Sturm links.) Weiter möge der Reichsinnenminister verhindern, daß das Magdeburger Urteil des vorstehenden am jüngstenstag bestätigt wird zu einer Hebe gegen den Reichspräsidenten. (Unterstützung rechts.) Wir verbitten es uns auch, daß die sieben vaterländischen Verbände geteilt werden, die, wie der Magdeburger "Stahlhelm" auf ihren Tagungen die Republik beschimpfen. Es muß weiter verhindert werden, daß Gewalt in großem Zahl die evangelische Kirche zu einer leichten politischen Propaganda gegen die Republik missbrauchen. Westarp hat in dieser Regierung den ersten Schritt zu einer weiteren Rechtsentwicklung erblüht. Wir fragen den Reichskanzler: Missbilligen Sie jede Agitation gegen die Republik und rufen Sie an von Ihnen, die Ihr Kabinett als Instrument gegen die Republik benutzen wollen? (Der Reichskanzler nickt.) Wir werden die Antwort der Regierung auf meine Fragen abwarten. Wenn uns die Antwort bestätigt, werden wir ihr zunächst freies Spiel lassen, ehe wir uns auf Grund ihrer Daten endgültig entscheiden.

Dr. Börries (Wirtz, App.) protestiert als Rheinländer gegen die Richterung der Kölner Zone. Von der pflichtigen Behandlung der Mittelstandfrage machen wir es abhängig, ob unsere freundschaftlichen Beziehungen zu ihr von Dauer sein werden.

Dr. Börries (Wirtz, App.): Mit Beschiedigung habe seine Partei vernommen, daß die Beziehungen zwischen Reich und Ländern besser gefördert werden sollen. Wir suchen auf dem Boden der Tugend, wollen sie aber nicht so ausgestrahlt sehen, als ob wir Katholiken in Deutschland die Geduld wären.

Abg. v. Graatz (FDP-Soc.): Die nationalen Parteien gingen in den Reichstag mit der Parole: Gegen die Dawes-Gefreiheit! Das Volk, das nach dieser Parole wählte, wurde durch die Dawes-Gefreiheit ermöglicht, die die Annahme der Dawes-Gefreiheit unmöglich machen. Wir können eine solche Regierung nie unterstützen. Wir verlangen von der Regierung die Auflösung der Dawesgesetz. Bei der Untertragung der Hölle kommt uns, kommt es in der Hauptstadt nicht auf die Kreisvergewaltungen an, sondern kommt, ob Beamte bestochen sind und ob von den Schiebern die deutsche Befreiung förmlich verhindert worden ist. (Rufe links: Stimmen!) Wir verfügen über geradezu entzückendes Material. (Lauts. Rufe bei den Soc.: Heraus damit!) Es ist wohlgeordnet und gefügt, ich verzichte darauf, es heute vorzutragen. — Nun bitten wir um die Sitzungsunterbrechung minutenlang, dem Redner kommt zu: „Kommen Sie doch heraus damit!“

Reichslandrat Dr. Luther:

Ich stelle mit Erfriedigung fest, daß das außenpolitische Programm der Regierung hier eine breite Basis gefunden hat. Bei den Besprechungen des früheren Reichskanzlers Marx und des Außenministers Dr. Stresemann mit dem englischen Fabrikanten Macdonald über die Frage der Räumung der ersten Rheinzone hat Macdonald erklärt, daß die von der Durchführung der Entwicklung abhängig sei. Es sch bei der internationalen Fortsetzung die ersten Ergebnisse beantwortbar wären, daß die Räumung auf unserer Seite in Zweifel gestellt würde, daß die Regierung keinen Tagen-

„König Rohle.“

Von Upton Sinclair

100)

„Na! Da ist der Bergbaupräsident!“ — rief hei — „Sie brauchen nicht so zu lachen, Cottont, es wird alles in Ordnung bringen. Wir sind Gewerkschaftsleute, verfügen uns zu befehlen. Jungs, wir geben den Kampf nicht auf, und nicht geschlagen, wir werden hoch auf die Leute in den anderen Gruben. Wir haben eine Gewerkschaft, werden sie aufrecht erhalten. Hoch die Gewerkschaft!“

Hochrufe tönen auf. Hochruft für die Gewerkschaft, für Joe Cottont, für die Witwe und ihren Trenschleier.

„Wir gehen zur Gewerkschaft!“ hieß es — „Wir haben immer gehoben weg! Wenn wir endlich sterben, so mögt den Gewerkschaftsgebeten mit uns, lehrt ihn der Herr, laßt nicht die Hoffnung in euren Herzen sterben! In der Gewerkschaft ist Kraft, ist Hoffnung! Bergeht das wie, Leute — die Gewerkschaft!“

Die Stimme des Bergbaupräsidenten schwoll. Wenn Sie kommen würden, junger Mann, so kommen wir Ihnen!“

Hal lächelt spöttisch. „O, Herr Cottont, das ist ja alẞ!“ Die Menge jubelt. Hal liegt von seiner Bettstatt. Mit fadelloser Geduld ordnet er das Trenschleier und knüpft geziert durch das Trenschleier. Als er den Bergbaupräsidenten erreichte, nahm er großes den Arm, und so verließ er sie, mit dem Bergbaupräsidenten der Seite und auf den Tisch im Hause, das Trenschleier und Kleider die Stühle eintrug. Hungrige ließen die Türe im Saal, um den Tisch zu betrachten, sahen den Bergbaupräsidenten, lachten, lachten höhnisch. Das alles Räuspern lachen Leute begleiteten — als der letzte Zug die Stühle erreichte, war ja die ganze Dorbspöllung zur Stelle. Überall liegen die Männer auf. „Na! Na! Der Ewig, er hat Bettstatt von der Gewerkschaft gekauft!“ Große, verächtliche Bemerkungen lachten, bis eines die Männer, welche Trenschleier, über den Kopf hieb, sie füllten einander an den Hals vor. Einiges über den Strand, der unter Bettdecken gespielt werden war.

„Guter Gott! Cottont saßte seiner Bettstatt entzückt. „Bei Gott, Sie sind die letzten Szenen!“ — brummte er. „Sie sind bei jedem Ort ein, bei dem als Bergbaupräsident. Sie sind bei allen oft widerstreitenden Gruben gleichlos zu entwenden.“

blif gezögert, die Initiative zu ergreifen; sie hat die bestätigten ausländischen Regierungen kaum sofort in der dringendsten Form darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland die rechtzeitige Räumung als etwas Selbstverständliches erwartete. Wenn die Alliierten ihrerseits mit irgendwelchen Vorschlägen herangekommen wären, so würden derartige Vorschläge durchaus nicht von vornherein abgelehnt worden sein. Das frühere Kabinett war sich vielleicht noch einem Vortrag des Außenministers Dr. Stresemann vollkommen darüber klar, daß ein etwaiger Vorschlag der gleichzeitigen Räumung des Ruhrgebietes und der nördlichen Zone im Hinblick auf das deutsche Gesamtinteresse und vor allem mit Rücksicht auf die Not des betroffenen Gebietes zu würdigen gewesen wäre.

Bezüglich der Ruhrräumung liegen bestimmte Erklärungen der belgischen und französischen Regierung vor, doch sich am letzten Termine der Ruhrräumung nichts ändern werde. (Abg. Breitscheid: Wie ist es mit der privaten Vermittlung?) Ich lege, was über diese Dinge amlich bekannt ist. Über die Völkerbundsfrage war meine vorgefrage Erklärung klar und eindeutig, ich sage nur hinzu, daß die Frage der Gleichberechtigung im Völkerbund für Deutschland von erheblicher Bedeutung ist, daß sie nicht im Unbewußten bleiben kann.

Was die Reichsregierung in der

Frage der Feindwilligen aus nicht mehr bestehenden innerenpolitischen Gründen getan hat, darüber ist der Unterricht schon vor längerer Zeit eingehend Kritik gemacht worden. (Vom Dr. Komm.: Rote: Das ist ja Sandbeserrat!) Sollten die Ententeänderungen darüber hinausgehendes Material benötigen, so könnte ich nur dringend wünschen, daß dieses Material unbedingt augeleitet werden möge. Sicherlich würden wir eben in diesem erbringen können, daß dieses Material in großer Menge unzureichend ist. (Hört, hört, hört rechts!) Herr Breitscheid ist aber im Irrtum, wenn er meint, daß solche Mitteilungen hier nicht die deutschen Belange verlegen. (Lebh. Zustimmung rechts.) Was die Stellungnahme der Regierung zu den vaterländischen Verbänden betrifft, so kommen selbstverständlich auf die vaterländischen Verbände die Forderungen zur Anwendung (Rufen bei den Komm.), und selbstverständlich gilt gleiches Recht für alle. (Rufen bei den Komm.) Ausführungen verneint die Reichsregierung. Graf Schwerin sprach aber nicht wie Herr Koch von den vaterländischen Verbänden, sondern da er vaterländischen Bewegung (Abg. links.) Wer können wir eine Bewegung im Volke begreifen, die der Pflege des vaterländischen Gedankens gewidmet ist. (Abg. Breitscheid und Händelsschäfer rechts.) Diese Bewegung mag aber noch den Grundtag, den ich stets vertreten habe, sofern, daß sie nicht eine innere Gegenseite unterstreicht.

Weiter ist in breiter Form über Korruptionsermittlungen unseres Staatslebens gesprochen worden. Ich will im Einzelnen auf diese Ausführungen nicht eingehen. Ich will nur feststellen, daß an jedem Fall in diesen Vorlegungen ganz außerordentliche Unterschreibungen und auch jedenfalls völlig ungerechtfertigte Verlagsgemeinschaften enthalten gewesen sind. Ich kann immer meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß in diesen Vorlegungen die Person des Herrn Reichspräsidenten hineingezogen worden ist. (Lebh. Beifall.)

Die Minister, die in das Kabinett einzutreten, legen ihre Amtseidespuren nieder. (Zurufe bei den Komm.: Ammette! Ammette!) Ich habe zur Frage der Ammette das nämliche der Reichsregierung eine Erklärung nicht abhängen. (Abg. Schwarz (Komm.): Ammette! Ammette!) — Vizepräsident Dr. Rieger: Sehr, der jetzt diese Rufe wiederholt, macht sich einer schweren Verleumdung des Hauses im Sinne der Geheimfischaordnung schuldig. (Abg. Schwarz-Berlin) anderweitig weiter ruft: Ammette! erlässt Vizepräsident Dr. Rieger: Ich schaue den Abgeordneten Schwarz-Berlin auf der Bühne aus und fordere ihn auf, den Sigmarsaal zu verlassen. (Schäfer-Berlin reißt rechts und in der Mitte. Riedelstor auf bei den Komm.) Da Abg. Schwarz den Sozial nicht verläßt, unterrichtet Dr. Rieger die Sicherung auf fünf Minuten und fordert die Meldung der Folgen des Schachs des Abg. Schwarz für die neue Sitzung an.)

Nach Riedelstor auf der Bühne erläutert Vizepräsident Dr. Rieger: Der Abgeordnete Schwarz-Berlin hat den Sigmarsaal verlassen. Infektionen bleibt es zunächst bei den acht Tagen, auf die er ausgeschlossen ist. (Zurufe bei den Komm.) Ich bitte ihn auf 20 Tage ausgeschlossen, wenn er jetzt hier wäre.

Als Reichslandrat Luther hörte keine Rede beenden will, sondern ihn zunächst die Kommunisten daran durch die Chor wiederholten Rufe: Ammette! Ammette! Vizepräsident Dr. Rieger: Ich mache mir die Folgen aufmerksam, wenn sie genommen werden und könnte, wenn man sie allein betrachtet, durchaus Sympathie in Europa erwecken. Der Führer der Nationalisten habe aber die wahren Ziele seiner Partei mit fast brutaler Unrichtigkeit dargelegt.

Reichslandrat Dr. Luther: Es gibt in unserem Volk noch weite Schichten, die in der Regierungserklärung genannt, Anspruch auf eine Fürsorge für ihre Interessen haben. Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang die Auslandsdeutschen nennen. (Lebh. Beifall.)

Über die Staatsform hat sich die Regierung verständlich geäußert. Ich will den Demokraten aber noch

antworten.

Ich will billige die Agitation gegen

Republik selbstständlich (Bewegung), aber

verhältnislos ist auf den Titel für die Reichsver-

einigung

in Anwendung, nach welchem jeder Deutsche innerhalb

seiner Meinung

zu äußern berechtigt ist.

Wenn weiter gefragt werden ist, ob ich von Leuten, die ihrer Stellung im Kabinett Mißbrauch treiben, abrufe, so äußere ich auf diese Frage ein selbstverständliches Ja.

Nächste Sitzung Donnerstag vormittag: Fortsetzung

politischer Aussprache.

Wirth in Opposition.

Kein Fraktionszwang im Zentrum.

Einem Vertreter der westdeutschen Zentrumspartei

Antwortet Dr. Wirth,

interessante Erklärungen über seine

Stellungnahme

und eindeutig: Es geht zu dieser Regierung in

dem

Zentrum durch nachhaltiges Misstrauen gegen die

Regierung.

Gehrenbachs Erklärung zieht noch rechts kurze

Zeile.

Dr. Wirth, persönlich halte aber das Verhältnis

des

Zentrum

durch

wiederholtes

Recht

zu

dem

Kabinett

nicht für politisch richtig. Für eine

schiedenes Republikantische die Frage offen, ob es nicht

gewesen wäre, in diesem Kabinett überhaupt nicht vertreten

zu sein. Das Zentrum über allerdings feinen Fraktion

zwang, sondern gebe seinen Mitgliedern Gelegenheit, ihre

weitere Meinung durch Stimmenthaltung oder durch ein

schiedenes Recht zum Ausdruck zu bringen. Es nehme die

Freiheit, als entschiedener Republikanter dieser Regierung

über das Klar und entschiedener Recht auszusprechen. In

Reihen des Zentrums sei die Rechte des Grafen We

als ein schmerzliches Ereignis verzeichnet worden.

Nicht zur Regierungserklärung wie die kaum ans

Empörung über diese Rechte sei im Zentrum allgemein, un

der deshalb nur verständlich, wenn er mit seinen engen Fre

der Empörung befürwortet Ausdruck versteht habe.

Über die Haltung der Demokraten

zu der Billigungsformel

erklären wir, daß sie nach den letzten Erklärungen zu

vermutlich der Stimme entzogen werden, ob

gleichzeitig die Erklärung zu lehnen, daß

einer offenen demokratischen Billigungsvereinigung

abstimmen

oder

zur

Regierungserklärung

zu stimmen.

Der Kabinettssitzung

zu

dem

Reichstag

zu

stimmen.

Die Deutschen nationalen

haben

die

sozialdemokratischen

Partei

mit

der

sozialdemokratischen

Partei

zu

stimmen.

Die Deutschen nationalen

haben

die

sozialdemokratischen

Partei

zu

stimmen.

Die Deutschen nationalen

Die Finanzskandale.

Ein Reichspostkredit für ein völkisch-großindustrielles Unternehmen.

Die Zukunft an die "Vossische Zeitung" wirft die Frage, obhalb die Rechtspresse in ihren Standartenhüllungen nur mühten Höhe wegen der unkontrollierten Kreditgewährung an und angreife, sich aber völlig auszweige über eine unkontrollierte Kreditgewährung durch einen Renten des Reichspostministeriums an einem Unternehmen der Schwerindustrie, nämlich an die Mannesmann-Industrie- und Handelsbank. L.-G., die im März vergangenen Jahres habe die Reichspost an die Mannesmann gehörende Depositen- und Handelsbanken gegeben. In dem zwischen Alfred Mannesmann und Depositen- und Handelsbank geschlossenen Verträge habe Mannesmann ausbedungen, daß er von den 5 Millionen Pfund für seine Großdeutsche Auslandsbank befreien, die ihren Statuten ein ausgesprochen völkisches Unternehmen war. Beide Banken könnten sich nicht besetzen. Die Depositen- und Handelsbank konnte die 5 Millionen Monaten nicht zurückzahlen. Darauf übernahm die Mannesmann-Industrie- und Handelsbank, die Forderungen der Bank, indem sie die 5 Millionen sich auf 5 Jahre und zwar ohne Bankgiro und ohne Mitauszahlung dazu geben konnte. Darüber hinaus seien außerdem im inzwischen erlaufenen Zollvertrag ihr wieder ohne das Hindernis einer Bank noch 2½ Millionen unter besonders umständlichen gegeben worden. Die Zinsen sollen sich unter dem damaligen Tageszins gehalten haben und soll eine Klausur vorhanden sein, wonach der Zins, jeweils 2 Prozent unter Reichsbankdiskont

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat den früheren Post-Dr. Höfle eingehend vernommen und auf seiner Wunsch eine Durchsuchung seiner Dahlemter Wohnung vorgenommen. Er schloß sich, ebenfalls auf Wunsch Dr. Höfles, eine Durchsuchung seiner bisherigen Diensträumlichkeiten im Reichspostamt. Dr. Höfle bestand darauf, um den in der Deffentia statt gewordenen Gerüchten entgegenzutreten. Die Durchsuchung dauerte mehrere Stunden. Die bisherigen Untersuchungen haben ergeben, daß die in Frage kommenden Kredite eigener Verantwortung des Postministers Dr. Höfle ohne die zulässigen Dienststelle gegeben worden sind. Außerdem waren die Kredite, die ungefähr 14 bis 15 Millionen beliefen, durch 3 Banken und ungefähr 40 industrielle weiter durch Effektendepots und Versicherungsgesellschaften gedeckt. Bei der ganzen Angelegenheit spielt auch die Verbindung zwischen dem Reichspostminister eine große Rolle. Vor allen erscheint es, daß die Untersuchungen darauf wiesen, wo für in ein die Kredite für die besetzte Pfalz verwendet worden sind, ungefähr 2 Goldmillionen betragen.

Die Rechtspresse hat in letzter Zeit mit ihren Lügen und Erwürdungen in den Finanzäräten wenig Glück. So behauptet der Deutzherrn, daß die nachstehende "Börse-Zeitung" dem preußischen Presseamt wären Gelder lassen, um die Verkehrsstatistik über den Barmat-Konzern in und zu deformieren. Hierzu erklärt der Amstliche Preußische Dienst, daß zwischen ihm und den Gründern Barmat oder einem der in der Barmat-Pflege Verwickelten keine Beziehungen bestehen und daß die Behauptung der Berliner "Börse-Zeitung" nichts anderes als eine Verleumdung ist. Der letzte amtielle Preußische Dienst kann über seine gerechte Erfahrung jedoch sofort Strafantrag gegen die "Börse-Zeitung" wegen Beleidigung und übler Nachrede zu stellen. Ein Esuchen wird stattgegeben werden.

Der Verkehrsaußenrat des Reichstages beschäftigte sich am 20. mit der grundjährlichen Frage, inwieweit noch eine Möglichkeit auf die Tarifgestaltung der Eisenbahnen besteht. Reichsverkehrsminister Krohn erklärte, daß die Referenten des Verkehrsministeriums und der Eisenbahnen über die Tariffragen ständig zusammenarbeiten. Ganz anders werde er sich um die Eisenbahnen im Lagtarif eilen, die bald neu geregelt werden müssten.

Das Ergebnis der Aussprache läßt sich dahin zusammenfassen, daß sich die Sitzung des Reichstages als Kontrollorgan Eisenbahnverwaltung insoweit geändert hat, als nunmehr das Reichsministerium die Stellung eines Kontrollorgans erhalten während der Reichstag bzw. sein Verkehrsaußenrat etwa die Stellung eines Verwaltungsrats beim Verkehrsministerium einnimmt.

Außerdem wurde nach längerer Aussprache folgender Antrag angenommen: Ausnahmeartikel für Et; aus den Ge-der Dill, Lahn, Sieg zu gewähren.

Aus aller Welt.

Hamburg im dichten Nebel.

Telegramme melden aus Hamburg, daß die Elbmündung die Unteren bis zum Hamburger Hafen hinauf seit Sonntag einem Nebel liegen. Seit Montag abend ist im Hamburger Hafen von See kommendes Schiff mehr eingelaufen.

Ein deutschösterlicher Bankbetrieb.

Ein großes Schlaglicht auf Arbeitsmethoden und Einnahmen in einem Bankinstitut, wie sie nur selten zu finden waren, eine Gerichtsverhandlung vor dem großen Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Wedding, vor dem Rat des Justiz- und Gründers der Deutschnationalen Bank, Senator Brühl, zu verantworten hatte. Der erst 33 Jahre alte Angestellte hatte es mit Hilfe zahlreicher deutschösterlicher Freunde Schmugglergenossen und einem Aufruhr der nationalsozialistischen Freiheitspartei, in dem den deutschen Bürgern geraden, internationale Kapitalflüsse dadurch zu bekämpfen, daß ein überflüssiges Geld in eine offizielle Devisenhandlung legen, einen in Berlin-Wilmersdorf ein Bankgeschäft zu gründen, möglichst 30 Angestellte beschäftigen und einen Kundenbestand etwas 10.000 Bankkunden ansiedeln könnte. Später hat er in Bonn, Mainz, Wiesbaden und Baden sowie in Berlin und Brandenburg Filialstellen gegründet. Wegen unerlaubter Devisenhandel und kroatenhaften Verkaufs von Schiffsfrachtallianzen hatte sich "Bankier" nun vor Gericht zu verantworten. Bald nach dem Gerichtsverhandlung wurde von seinem Verteidiger gestellt, daß gegen den Angeklagten wegen Verhandlungs- und aus § 51 des Strafgesetzbuches ein Entlastungsversuch geschehen könnte.

Aus der Zeugenvorlesung ergab sich zunächst der Beweis, die Steuerberatungen des Bankiers. Ferner wurde unterstellt, daß als Aufbewahrungsstelle für die von Kunden angekauften Devisen und der Banknoten ein Koffer übergebenen ausländischen Zahlungsmittel zwölfe Kassenkästen gefunden wurden. Im großen und ganzen habe lange Schiffsfrachtallianzen der Bank einen aufschwimmenden Gewinn gemacht, bezogen auf die Wechselkurse. "Bankier" lebt vornehmlich mit Ruhmsein ausgestattet gewesen.

Für die Erwerbslosen.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten kam am Mittwoch ein Antrag zur Verhandlung, der eine Beseitigung der Spanne in den Unterstützungsabgaben für männliche und weibliche Erwerbslose verlangt. Die Reichsregierung widerstieß sich dem Antrag, da seine wirtschaftlichen Auswirkungen bei der beschäftigten Erhöhung der Sähe von großer Bedeutung sein würden. Die Frauen hätten lediglich in einigen Industrien die gleichen Lohnsätze ertragen wie die Männer. Im allgemeinen standen die Löhne der weiblichen ungelerten Arbeitnehmer 25 Prozent unter denen der männlichen ungelerten Arbeitnehmer; bei den getrennten Arbeitnehmerinnen machen der Unterschied 20 Prozent aus, bei den Angestellten 10 Prozent. Außerdem sei berechnet, daß die Erhaltungszahl einer Frau ungefähr 70 Prozent von denen des Mannes betragen. Der Ausschuß erklärte die Gründe der Regierung jedoch nicht ein und stimmte dem Antrage zu. Über einige sozialdemokratische und kommunistische Anträge auf Erhöhung der Sähe der Erwerbslosenfürsorge zur Beseitigung der trostlosen Lage der Kurzarbeiter und der Erwerbslosen wurde eine Abstimmung ausgelegt, um zunächst den Beirat zum Reichsarbeitsamt, der sich aus den Vertretern der Spitzenorganisationen und der Landesorganisationen zusammensetzt, zu hören.

Rupprecht erklärt eine Einigung mit Quidendorff als Generalschwindel.

München, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Von der offiziellen Verbreitung des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht geht der "Münchner-Augsburger Abendzeitung" eine Zulassung zu, daß der Kronprinz Rupprecht aus dem Brief Ludendorffs vom 7. Dezember allerdings die Bereitswilligkeit entnommen habe, in Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts einzutreten, die Verhandlungen aber am 15. Januar endgültig abgebrochen worden seien, da Ludendorff sich weigerte, die geforderte Genugtuung zu leisten. Die Erklärung Ludendorffs im "Böhmischen Kurier" soll den Anschein erwecken, als ob sie die von dem Kronprinzen Rupprecht geforderte Genugtuung darstelle, das sei aber nicht der Fall, und so bedeute diese Mitteilung eine schwere Fehlführung der öffentlichen Meinung.

Aus dem Reiche.

Die Kabinettssitzung im Auschluß. Bald nach dem Zusammentreffen des Reichstages hatten die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausservertretungsausschusses an dessen Vorsitzenden den Antrag gestellt, den Ausschluß unverzüglich einzuberufen, um einen Antrag zu beraten, der die Aufhebung einer Reiseordnung gegen die gerichtlichen Entscheidungen in der Aufmerksamkeitstragfrage begeht. Die erste Sitzung des Ausschusses stand am Mittwoch vormittag statt. In ihr legte Genosse Keil den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dar. Er sprach sich schärfer gegen die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung bei gerichtlichen Entscheidungen aus, da dies der Reichsverfassung nicht entspreche. Auch aus sachlichen Gründen sei die Sozialdemokratie für die sofortige Aufhebung dieser Verordnung. Dadurch mache die Regierung zum rücksichtigen Handeln in der Aufmerksamkeitstragfrage veranlaßt werden. Wenn die Regierung nicht bald den angekündigten Reiseordnungswillen über die Neuregelung der Aufmerksamkeit einbringe, so werde die sozialdemokratische Fraktion noch weiter gehen und die Aufhebung der gänzen dritten Sicherheitsverordnung beantragen. Der Ausschuß beschloß gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, sich bis zum Dienstag zu versammeln, um der Regierung eine "Schönheit" zu geben.

Die Aufhebung des Züchtigungsrechts in den Schulen Thüringens durch den früheren Thüringischen Volksbildungsminister Genosse Greif soll jetzt auf Verlangen der Rechtsparteien wieder rückgängig gemacht werden. Dem Landtag ist in diesen Tagen ein Gesetz auf Wiedereinführung des Züchtigungsrechts in den Schulen zugegangen! Kommen wir überflüssig!

Revision im Prozeß gegen den Thüringer Genossen Hermann. Vor der großen Strafkammer des Landgerichts Weimar begann am Mittwoch die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den ehemaligen thüringischen Innensenator Hermann und Regierungsschafter Kunze sowie die Kreisdirektoren Rennert, Hörschmann und Faßmann. In der ersten Instanz war Hermann wegen angeblicher Fälschung von öffentlich-rechtlichen Urkunden zu einer Geldstrafe von 1000 Mark, Kunze zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten und die Kreisdirektoren zu Geldstrafen von 500 und 1000 Mark verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sowohl die Verurteilten wie der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Genosse Hermann betonte bei seiner Vernehrung erneut, daß bei der Einstellung von Beamten der Tag entscheidend gewesen sei, an dem die Anstellung ausgesprochen wurde, nicht aber der Tag der Ausstellung der Urkunde. Nach der Aufsässigung des Staatsanwalts müßten mindestens 90 Prozent aller Aufstellungsurkunden als gefälscht angesehen werden. Bei keiner der angestellten Beamten habe er als Minister nach der Parteidisziplin gefragt und keinen näher gekannt. (!) Den gegenseitigen Beweis zu erbringen, würde niemand gelingen.

Der Angeklagte war auch Gründer und Besitzer einer Immobilienfirma, die als offene Handelsgesellschaft zwar keine reuenenmerken Aktien hatte, wohl aber ein Ausgabenbuch ihre eigenen ansetzte, in dem lediglich die Ausgaben des Besitzers verzeichnet waren.

Das Gericht kam beigleich des Strafdaten Verkaufs von Schiffsfrachtallianzen aus Ausländer zu einem Freispruch des Angeklagten, weil ihm hier der Vorwurf nicht nachgewiesen werden konnte, den das Gehege erhoben. Dagegen erhielt der Angeklagte wegen Vergleichs gegen die Denkschrift 1000 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis. Mitgeteilt wurde noch, daß der Angeklagte bereits zweimal wegen Vergleichs gegen das Kapitalstrafrecht mit 10.000 Mark und 20.000 Mark Geldstrafe vorbestraft ist und daß er sich zurzeit wegen betrügerischen Bankrotts in Untersuchung befindet.

Zur Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis am 24. Januar.

Bei der Hamburg-Amerika-Linie der Hamburger Sternwarte ihren nach Philadelphia fahrenden Dampfer "Liquaria" zur Verfüzung gestellt. Der Dampfer, der am 16. Januar mit Professor Schott und Dr. Bode an Bord der Hamburger Hafen verließ, wird durch die Totalitäts-Zone trezen, am Finsternistag auf der Zentralfrontlinie geführt werden, sobald Beobachtungen an einem Ort von ungefähr 46 Grad nördlicher Breite und 34 Grad westlicher Länge erfolgen können. Die Beobachtungen, die zur Zeit der Totalität bei günstigem Wetter durchgeführt werden sollen, werden sich hauptsächlich auf photographische Aufnahmen der Sonnenkorona erstrecken.

Flugzeugschläge durch Radio.

Die internationales Verbrecher, denen bisher hauptsächlich das Fehlen einer roten Identifizierungsmöglichkeit zwischen den Flugzeugen von fünf Kontinenten zugute kam, sind jetzt ihrer Freiheit nicht mehr so sicher. Collins, der Chef des Central-Flugzeugidentifizierungs-Bureau von New-Scotland-Yard, hat vor einiger Zeit die Polizeidienste aller großen Städte der Welt mit einem um ihm herumgehängten neuen telegraphischen Code bestreut, mit denen jede die Flugzeugschläge verdecklicher bezeichnen. Mit diesen kann die Flugzeugschläge übermittelt werden können. Eine längere Wartezeit bis das neue System ein in London verabschiedet

Auslösung einer interalliierten Kontrollkommission.

Genf, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Botschaftsrat hat den Völkerbund offiziell benachrichtigt, daß die Interalliierte Marinekommission für Deutschland aufgelöst werden soll. Dadurch wird die Verantwortung für die Kontrolle der deutschen Streitkräfte dem Völkerbund übertragen.

Alleine Auslandsnachrichten.

Die französischen Sozialisten und der deutsch-französische Handelsvertrag. Wie wir es in einer vorhergehenden Nachricht schon angezeigt hatten, haben die französischen Sozialisten beschlossen, das zur Zeit vielumstrittene Problem des deutsch-französischen Handelsvertrages gründlicher zu untersuchen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Sozialisten alle den Wunsch haben, eine Vereinigung möge zustandekommen und daß sie gewillt sind, darauf hinzuwirken.

Im Palais Bourbon hat zu diesem Zweck eine Versammlung stattgefunden, zu der die Mitglieder der Kommissionen für Auswärtiges, für Handel, für Zoll und die Vertreter des leitenden Parteiausschusses (C.A.P.) einberufen waren. Diese Versammlung wird ihre Arbeiten demnächst forsetzen. Sie hat verschiedene wichtige Beschlüsse gefasst, vor allem den, das Parteiausschuss datum zu bitten, es möge der deutschen Sozialdemokratie mitteilen, daß die französische Kommission mit einigen deutschen Parteivertretern eine Untersuchung haben möchte. Wir glauben zu wissen, daß das französische Parteiausschuss in diesem Sinne an den deutschen Parteivorsitz geschriften hat.

Die französischen Schwierigkeiten im Elsass. In wenigen Tagen findet in der französischen Kammer die große Debatte über die elässischen Verhältnisse statt. Die elässischen Probleme wurden außerordentlich durch die Einführung der elässischen und lothringischen Verwaltung in den gesamt-französischen Regierungsapparat und im Zusammenhang damit durch die Einführung der Gebiete. Man kann die Schwierigkeiten, die sich infolge dieser Probleme ergeben, nicht einfach durch einen Gegensatz zwischen dem Vinslob und dem Bloc national erklären. Die in flämischer Sprache gehaltenen Aufrufe französischer Bischöfe, denen sich der Straßburger Bischof vor einigen Tagen mit noch schärferen Ausdrücken anschloß, haben nicht nur bei den innerfranzösischen Kreisen, sondern auch in den Kreisen des Bloc national Beunruhigung hervorgerufen. Die Katholiken im Inneren Frankreichs wissen heute, daß die weltliche Gesetzgebung, unter der sie seit 20 Jahren leben, eine Einschränkung ihrer Religionsfreiheit bedeutet. Dieselben kleinländischen Kreise, die der deutschen Verwaltung im Elsass die größten Schwierigkeiten gemacht haben, werden jetzt also auch den Franzosen durch ihre Sonderansprüche unangenehm. Sie sind weder Deutsche noch Franzosen und würden bei freier Abstimmung wahrscheinlich für eine Neutralisierung des Landes stimmen.

Luxemburg will aus imperialistischer Verstrickung heraus. Die luxemburgische Kammer hat am Dienstag den belgisch-luxemburgischen Eisenbahndvertrag mit 24 gegen 22 Stimmen verworfen. Der Sturz der kleinsten Regierung von Luxemburg scheint unvermeidlich. Der Vertrag wurde natürlich von den Sozialisten deshalb so heftig befochten, weil er Luxemburgs Rechte an die belgischen Kapitäle ausliefert und im Kriegsfall die militärische Beziehung des luxemburgischen Eisenbahnnetzes durch Belgien und Frankreich vorzieht. Die Ablehnung des Vertrages verunsichert in den amtlichen Kreisen Belgiens große Beunruhigung, weil der Abschluß dieses Eisenbahnvertrages in dem belgisch-luxemburgischen Zollvereinvertrag vorausgesetzt ist. Sozialdemokratische Wähler in Luxemburg, von der Sozialdemokratischen Partei in Schausen herausgegeben, erscheint seit kurzer Zeit eine periodische Zeitschrift, "Arbeiterstimme", genannt. Sie wird von den Schausener Genossen aus eigenen Mitteln finanziert und erfreut durch eine gute Aufmachung. Ferner wird in Kowno von der Vereinigung der litauischen sozialistisch eingestellten Intelligenz demnächst eine eigene Zeitschrift "Unsere Freiheit" herausgegeben. In Kowno erscheint ferner bereits seit langer Zeit eine sozialistische Jugendzeitschrift, "Arbeiterjugend", die der Arbeiter-Jugendbewegung sehr gte Diente leistet. Für die litauischen Genossen, die der Rasse nicht ganz wichtig sind, erscheint in österreichischer Sprache die in russischer Sprache geschriebene Zeitung "Arbeiterjugend". Auch in jüdischer Sprache gibt es in Kowno eine sozialistische Zeitschrift, die in Kowno erscheinende Zeitung "Unterwegs", die von der jüdischen sozialistischen Organisation Litauens herausgegeben wird.

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Wenn Sie die nasse Zahnbürste in

Dr. Bahr's „Zahnpulpa Nr. 23“ einlaufen, dann bereiten Sie sich selbst frische, aromatische Zahnpasta. Sie verfügen jeden Augenblick mit der Tubenpackung und pflegen Ihre Zähne nach sachverständlicher Vorschrift ohne schädliche Chemikalien. In allen Apotheken und Drogerien.

Betrüger identifiziert, der in London selbst noch nie eines Verbrechens überführt worden war; die Polizei befahlte sein Alibi und fand seine Fingerabdrücke an die New Yorker Polizei, mit dem Ergebnis, daß in ihm ein gefährlicher Verbrecher erkannt wurde. Nach den von den New Yorker Behörden gegebenen Informationen besteht der Code aus Buchstaben und Zahlen, von denen jeder einzelne ein bestimmtes charakteristisches Merkmal des Fingerabdrucks bezeichnet. Zur Identifizierung des genannten New Yorker Verbrechers wurden etwa 60 Buchstaben und Zahlen gebraucht.

Richard Strauss und die Wiener Oper.

Wie eine Korrespondenz meldet, sind die mit Richard Strauss bezüglich seiner Stellung an der Wiener Oper geführten Verhandlungen endgültig gescheitert.

Der Papst für den Bogsport.

Der frühere Bogweltmeister John Dundee ist vor einigen Tagen vom Papst in Audienz empfangen worden. Dieser Besuch bedeutet für Rom eine Sensation. Bisher waren die Audienzen, die der Papst ertheilt, anderen Persönlichkeiten vorbehalten als dem Verfeierten des Bogwerts. Der Papst hat dem Boger von dem großen Interesse erzählt, das er dem Sport im allgemeinen und dem Bogkampf im besonderen entgegenbringt, wobei er lächelnd erwähnte, daß er diesen Sport selbst als kleiner Junge eifrig ausgeübt habe. Zum Schlusse spendete der Papst dem Mr. Dundee einen Segen.

Die Störche sind schon da!

Aus dem Kreis Schauen (Litauen) wird mitgeteilt, daß dort bereits Störche eingetroffen sind. Zahlreiche Störche wurden auf den Wiesen und in den Sümpfen beobachtet.

"Olo" nach Schule.

In Norwegen scheint man sich nicht mit der Umlaufung der Landeshauptstadt in Oslo begnügen zu wollen. Von mehreren Städten ist bereits der Name gewählt worden, einer rein norwegischen Namen zu führen und als Erinnerungen an die Zeit der dänischen Herrschaft anzusehen. Christiania soll in Trondheim gelten, Trondhjem — Norges und Bergen — Stjørdalen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. Januar.

Sozialdemokratische Partei.

Am 7. Freitag, den 23. Januar, haben wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muss erscheinen. Tagesordnung: Wahl eines Mannes. Der wichtigste Parteivorstand. Die für heute angekündigte Sitzung findet statt.

Am 5. Freitag, 7 Uhr, Beizirksmitgliederversammlung im Kreisgerichtshof. Wir treffen uns um 7 Uhr am Platz. Am 10. Freitag, den 23. Januar, Mitgliederversammlung der wichtigen Tagesordnung: halber plärrisch und zehnreich.

S.D. Kolonne 7 (Editor). Wichtige Zusammenkunft am Freitag, den 23. Januar, vormittags 9½ Uhr, bei Baude, Neuhofstrasse 13. Wichtiges Ereignis ist unbedingt erforderlich.

Abteilung Rittertor! Sonnabend, den 24. Januar, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung sämtlicher Distriktsführer im Hindenburgstrasse 9. Jeder Distrikt muss vertreten sein! Jungsozialisten. Sonnabend, abends 8 Uhr, spricht Genosse Baum über "Die gegenwärtige Politik der 2. Internationale". Wir laden auch hierzu wieder die älteren Parteifreunde ein.

Abteilung Innere Stadt. Am Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Krause, Färnwaldgasse 42, eine wichtige Sitzung statt. Ein Stadtvorstand über das Thema "Die Arbeitssucht und die gegenwärtige Lage im Breslauer Rathaus" einen Vortrag halten. Jahrzehnteneinführung ist erforderlich.

Parteifunktionäre der Beamten. Wichtige Sitzung Freitag, 23. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 13, wo es darf fehlen!

Berlehrsmacht Schlesien.

Zur Anregung der Deutschen Berlehrsmacht e. V. in Berlin die Anzahl von in Breslau bestehenden Vereinen und Verbänden, die ein Interesse am reibungslosen Straßenverkehr in Städten Schlesiens haben, zu ermitteln, um als Unterstützung der Deutschen Berlehrsmacht eine Berlehrsmacht mit dem Sitz in Breslau zu gründen und auch in den geeigneten Orten Schlesiens Untergruppen ins Leben zu rufen. Der zunehmende Verkehr erheischt dringend, daß alle anstrengende Interessen miteinander, um vereint mit den anderen für eine ordnungsmäßige, alle Interessen berücksichtigende Abwicklung des Straßenverkehrs und Herabsetzung der Strafenziffer zu sorgen. Ihren Beitrag haben schon namhafte Verbände, wie zum Beispiel: die Breslauer Sektion des Reichsbundes, der Allgemeine Deutsche Automobil-Club, Gau-Club, der Schlesische Automobil-Club, der Breslauer Automobil-Club, der Deutsche Motorfahrer- und Landesverband Schlesien und andere mehr.

Am 19. Januar fand auch unter dem Vorsh. des Regierungspräsidenten eine Besprechung über die Neuregelung Verkehrsverhältnisse in der Stadt Breslau statt, an der der Präsident, der Oberbürgermeister und der Chef des Handelskammer teilnahmen. Es herrschte Einigkeit darüber, daß die Verkehrsverhältnisse in der Stadt und besonders in der Schweidnitzer Straße und Nebenstraßen durch die Zunahme des Automobil- und Fahrradverkehrs in der letzten Zeit deutlich unerträglich geworden sind; daß Abhilfe als dringend erforderlich erscheint. Die Abteilung der Mitgliände erforderlichen Maßnahmen werden in kürzer Zeit getroffen werden. Sie werden aber nur dann haben, wenn die Bevölkerung selbst mithilft, einer diktatorischen Straßenverordnung zu schaffen, wie er in anderen Großstädten lange üblich ist.

Kirche und Religion,

Ein Leser schreibt uns: Ich habe Ihren Artikel in der Sonntagsnummer vom Januar "Politik und Religion" mit Interesse gelesen, umso mehr, als ich selbst einer protestantischen Familie angehöre, aus einer großen Nachfrage von Geistlichen herabgegangen ist. Meiner Familie haben sogar mit Melanchthon an dem Erntedankfest der Kirche gearbeitet, aber weder meine Eltern noch der religiöse Sinn, der in meiner Familie gelebt wird, haben mich jemals daran gehindert, in den Gemeinden die Vertreter meiner nächstliegenden Interessen zu suchen und in der Sozialdemokratischen Partei die Fortsetzung meiner politischen Ideale. Das Programm der Sozialdemokratischen Partei sagt, daß Religion Privatsache eines einzelnen ist, damit wird schon zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht im Gegensatz zur geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Ausrichtung der Sozialdemokratie steht. Die Sozialdemokratie bekämpft nicht die Religionen, sondern den Missbrauch Religionen, und ein Missbrauch ist es, wenn Geistliche gegen die Sozialdemokratie wenden und erklären, daß die soziale Gesellschaftsordnung ja von Gott gestiftet, unabänderlich und unverrückbar ist. Diese Auffassung ist nichts anderes als die Parteinehme für den Besitz, die herrschende Klasse.

Als Luther seine Anklagen erhob, richtete sich die Kirche nicht gegen die Religion, sondern gegen die Mißbräuche, die von einer kleinen Gelehrtenfamilie mit ihr getrieben wurden. Es ist zu bedauern, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte sich an den Kirchen nicht beteiligt haben. Sie brachten sich damit um einen wichtigen Einfluss auf die Kirche. Die Kirche erhebt die Frage, ob es gerecht ist, wie diese vermeintlich werden? der Hand der Kirche liegt zu einem ganz großen Teil die Verantwortung der Jugend. Wer die Jugend hat, so heißt es, hat auch die Zukunft in seiner Hand. Wenn in den Gemeindeversammlungen und Kirchentreffen auch Vertreter der Arbeiterklasse sitzen werden, dann werden diese Dinge nicht mehr gleich sein, die heute täglich geschehen. Ein Beispiel für viele: ehemaliger Pfarrer Doering hat nach Zeitungsberichten im Berliner Dom am 5. Januar im Gottesdienst zur Gründung des deutschen Reichstages und preußischen Landes vor einem Publikum von Parlamentarien unter anderem gesagt:

Im Namen Jesu Christi rufe ich euch auf: Holt den Segen herauf und neigt ein Gebe, daß diese Richten aller Richtigkeiten, die auf den Gräbern unserer lieben Brüder und Söhne ihre vertrübsen Orgien feiern, unter zerstörtes Staatswesen um seine Leichen paar Pfennige legen, öffentlich ausgepeitscht werden. Sind wir nur einmal der neuen Zeit unter das Zeichen des Gummikopfes gekommen, was willst du dann, wenn er nur auf den Rücken einiger Kontranten, die nicht schnell genug den Platz räumen, niedergeworfen wird? während er jene Haufen nicht trifft, die mit einem Lohn unter armes Volk auf die Gasse hetzen! Schlägt zu, in wahrhaftigen Sinne des Wortes! Seid unbarmherzig aus der Feindseligkeit! Deutsches Regierungsmänner und Konservativer auf der Hut! an Rom sterben die Völker, an Christus leben auf! Der Papst kann uns nichts geben, die Bibel alles.

Männer brauchen wir vom Schlag Martin Luthers, Kinder des Glaubens und Helden der Tat."

So redet ein Vertreter der Religion, die die Religion der Liebe, der Güte sein soll, die stets und immer wieder Vergebung will. Dieser Mann schämt sich nicht, nicht nur gegen die politischen Parteien zu heken, sondern beschimpft auch die katholische Religion und ihre Einrichtungen. Tag für Tag wiederholt sich dasselbe Schauspiel. Ein ganzes Heer von Geistlichen agitiert für die bürgerliche Gesellschaft von den Kanzeln der Kirchen. Das muss anders werden, und das es anders wird, liegt in der Hand der arbeitenden Klassen, denn die Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften sind geheim. Auch hier gilt es, im Namen des allgemeinen, gleichen und freien Wahlrechts zu kämpfen und zu siegen. Aber es genügt nicht, daß alle vier Jahre gelegentlich einmal die Presse auf die Bedeutung der Kirchenwahlen hinweist. Die Presse muss ihre Leiter laufen über die wichtigen Ereignisse auf kirchlichem und religiösem Gebiet unterscheiden und von allen den Dingen Kenntnis geben, die in den Körperschaften der Kirche behandelt werden, dann wird die Arbeiterschaft die Bedeutung der Beteiligung an den Kirchenwahlen erkennen und danach handeln.

Arbeiter-Bildungsausschuss.

Dienstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17,

3. Konzert

des Schlesischen Landesorchesters.

1. Sinfonie Nr. 6, D-dur mit dem Paukenschlag von Haydn, 2. Ouvertüre zu "Safuntala" von Goldmark, 3. Andante Cantabile (Streich-Quartett) von Tschaikowsky, 4. Capriccio italien von Tschaikowsky, 5. Ungarische Rhapsodie Nr. 4 von Liszt.

Programme zu 60 Pf. im Vorverkauf.

Die Elementarkurse des Arbeiter-Bildungsausschusses sind zum Teil so überfüllt, daß Doppelkurse eingerichtet werden müssen. Deutlich- und Rechenkurse werden in Zukunft am Dienstag und am Mittwoch (in der Gewerbeschule, Gartenstraße) abgehalten. Englische Sprachkurse finden am Donnerstag (Leitung: Studienassessor Jendrissek) und am Dienstag (Leitung: Studienrat Dr. Neumann) statt. Der Donnerstag-Kursus wird heute im Gewerkschaftshaus abgehalten.

Arbeitsloserversammlung im Schichwerder.

Zu einer markanten Kundgebung gestaltete sich die vom Arbeitslosenrat für Mittwoch einberufene Versammlung der Arbeitslosen im großen Schichwerderhaus. Alle waren sie erschienen, die Arbeiter vom Sonnenplatz, die Kaufleute und Büroangestellten von der Ursulinenstraße, die Empfänger der geringen Unterstützung von der Sternbahnzeile und hier bildeten sie, die sonst Getrennten und Gesetzterten und darum nicht so in die Augen fallenden Scharen eine solche Einheit, daß jeder empfand, hier ist ein Faktor, dem Stadt und Regierung nicht Beachtung schenken mag, als es bisher gehabt. Der Versammlungsleiter Malinka berührte die Erfolgen und gab seiner Freude Ausdruck, daß auch Vertreter der staatlichen und kommunalen Verwaltung, insonderheit des Magistrats - Herr Oberstadtkonstentrat Haupt - des Wohlfahrts- und Arbeitsamtes und der Presse erschienen seien.

Die Ausführungen des Referenten Ramisch wurdeten in den zwei Punkten der Tagesordnung: Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Abänderung des § 4, der bekanntlich besagt, daß Erwerbslosenunterstützung nur bezogen werden kann, wenn der Antragsteller wenigstens ein Vierteljähriger Beitrag zu einer Krankenkasse gezahlt hat.

Die Unhaltbarkeit der zurzeit bestehenden Sätze nachzuweisen, war dem Referenten ein Leichtes, erhält doch z. B. ein Mädchen von 18-21 Jahren die Woche 3,00 Mark, ein lediger Mann 6 Mark, ein Verheirateter mit Frau und vier bis 5 Kindern 14,10 Mark. Redner forderte die Beamtenfamilien von Staat und Magistrat auf, es einmal vorzunehmen, mit solchem Spottgeld auszulommen. Darum aber auch das entsetzliche Elend in den Familien der Erwerbslosen. Ergreifend waren die Bilder des Jammers, die der Redner aufrollte. Die Vertreter der Presse bat er, es laut hinauszuschreien in die Welt, daß die Erwerbslosen es fett sind, so elend zu vegetieren. Noch bejammernswert ist das Los der Arbeitslosen von 14-18 Jahren, die tatsächlich gar keine Unterstützung erhalten. Heißt das nicht, die jungen Mädchen der Sünde direkt in die Arme zu treiben?

Der berüchtigte § 4 wurde von dem Redner als ein Schandparagraf gekennzeichnet. Unzählig sind die Fälle, in denen man einer Krankenkasse nicht angehört und nun wird einem aus diesem Grunde hartnäckig die Erwerbslosenunterstützung verweigert. Statt Menschlichkeit triumphiert Paragraphenreiterei!

Redner geizte sodann die mögliche Errichtung der sogenannten Notstands- und Pflichtarbeit. Wie kann ein Kulturstaat seinen Bürgern überhaupt zumuten, Wochen hindurch für einen solch lächerlichen Lohn zu arbeiten! Er tut es nur, weil es weist, die ausgehungerten und demütigen Gesellen sind noch froh, wenn ich ihnen Arbeit und einen Hungerappetit dafür hinweise. Die Pflichtarbeit an einem Tage in der Woche wird aufgelegt, damit die Unterstützung nur ja keine Wohltat, sondern Lohn und Verdienst sei, nur bedenkt man dabei nicht, daß für die Höhe der wöchentlichen Unterstützung wohl kein Kaufmann und Beamter einen ganzen Tag hindurch arbeiten möchte.

Redner ging sodann auf das traurige Kapitel der Landarbeit. Wenn die ländlichen Behörden so gern den Rohbarfuß erschrecken lassen: Arbeitslose, begebt euch auf das Band zur Arbeit, so sind offenkundig ihre Beweggründe dafür, daß sie Breslauer Bürger nicht ihren Kindern, die ihr ihrer Armut wegen lästig sind, gerne los sein will. Daß dieser Rohbarfuß in Wirklichkeit aber ein trauriger Rat ist, daß es denen, die ihm folgen, schlecht geht, geht, ergab sich aus den Berichten, die solche, die zur Landarbeit sich gemeldet hatten, dem Referenten geschildert hatten und die dieser vorlas.

Um Schluss sprach Redner noch für die Abschaffung so mancher Missstände in der Erwerbslosenfürsorge, z. B. das Spargerecht, das entzogene Warten und Warten, die Behandlung so ganz von oben herab auf der Sternbahnzeile. Bedecktigwert waren seine Mahnungen an Staat und Regierung, die Arbeitslosen doch nicht ganz der Verzweiflung zu überantworten.

In der freien Aussprache meldete sich zuerst der Kommunist Niedel zum Worte. Er griff den Hauptredner bestig-

an, forderte, man solle erst die Politik an sich richten, denn nur in ihrem Beisein könne man die Wagnis- und Wirtschaftsfrage lösen. Im allgemeinen Widerspruch, der sich erhob, leiste er keine Rede nicht fort, machte sich aber im Weiterverlauf der Versammlung öfters höchst stürzend bemerkbar.

Da gegen 10 Redner in der Diskussion zu Worte kamen, wodurch sich die Versammlung bis gegen 12 Uhr hinzog, können wir unmöglich auf die einzelnen Ausführungen noch eingehen, zumal dieselben ja auch nur mehr oder weniger die Rede des Hauptreferenten wiederholten. Wir bringen zum Schluß noch die einstimmig angenommene Resolutionen: Die heute am 21. Januar 1925 im Schichwerderhaushalt versammelten Erwerbslosen fordern ganz energisch von Regierung und Magistrat

1. eine sofortige Erhöhung der EU. um 100 Prozent, da die Unterstützung nicht für einen Tag zulangt, vielmehr für 7 Tage;
2. die Befestigung des § 4 des Erwerbslosenunterstützungsgesetzes;
3. eine unbefristete Erwerbslosenunterstützung, also nicht eine für eine bestimmte Anzahl von Wochen gewährt;
4. eine bessere Behandlung vom Arbeitsamt, Wohlfahrtsamt und der Erwerbslosenfürsorge, sofortige Versekung des Stadtinspektors Henckel, dessen Auftreten jeder Beschreibung hofft, von welcher Forderung, weil schon oft gestellt, diesmal auf keinen Fall abgegangen wird;
5. Einführung von älteren und erfahreneren Sipoleuten in den Zahlstellen, damit das häßliche Wochenaus der jungen unerfahrenen Sipoleuten nicht mehr vorkommen kann;
6. Einführung von mehr Büroangestellten in den Zahlstellen, damit die Auszahlung schneller von statthaft geht;
7. Unterstützung auch für die Jugendlichen unter 18 Jahren. Da es durch nichts begründet ist, diese dem Verhängniss preiszugeben.

Die sonst so würdig versammelte Versammlung störte leider das häßliche Schlussbild. Der Versammlungsleiter hatte schon dem Hauptreferenten das Schlusswort erteilt, als es den Kommunisten einfiel, auch ihrerseits ihre Resolutionen vorlesen zu lassen. Mit Recht lehnte Genoss Malinka dies, als gegen die Gedächtnis- und Erinnerungsverschwendungen ab. Die Kommunisten sprangen erregt von ihrem Sitz, drohten mit den Fäusten, warfen dem Arbeitslosenrat vor, er stehe im Solde der Sozialdemokratie, wolle sich bei der Regierung lieb im Solde machen, sei der Korruption verfallen usw. Nur die Besonnenheit des Leiters rettete die Ruhe, indem er die Versammlung ließ. Doch wie zum Protest verließ nun die Versammlung den Saal, sodass die Resolutionen der Kommunisten und die Schlussrede des Hauptreferenten ungehört blieben. Den Eindruck aber wird jeder trotz des Zwischenfalls mitnehmen, daß die Not der Arbeitslosen so groß und schrecklich ist, daß Hilfe schnell nötigt.

Von der Ortskrankenfalle.

Zu der Notiz über eine unpassende Empfehlung an den Berufspräsidenten teilt uns die Verwaltung der Kasse mit, der Berufspräsident habe sich so benommen, daß der vertrauliche Ausdruck „Sehr enttäuschter Beruf“ seinem Verhalten entsprach. Leider führen solche Beispiele rezipitiven Verhaltens sowohl gegenüber den Angestellten wie den Beratern öfter vor. Einige Beispiele sind gegebenenfalls beim Vorstand direkt anzubringen.

Immer noch nicht ausgebraucht.

Man zeigt uns den Umstieg eines Berufstisches, auf den die Post dieser Tage folgenden Zettel aufgestellt hat:

Befähigt eingegangen.

Daher amtlich verschlossen

Kaiseral. Postamt 1 in Breslau

Zwei Beamte haben den Zettel unterföhrt. Beide ist das „Kaiseral.“ wohl entgangen, denn sonst hätten sie es pflichtgemäß freigemacht müssen. Endlich aber könnte man doch den ganzen Kaiserlichen Schund in den Oien stelen und alle Dienstformulare erneuern. Das alte Papierzeug schafft mehr Verger, als es wert ist und bringt Beamte in manchen vielleicht unbegründeten Verdacht.

Ihre Stuholverstopfung

müssen Sie schnellstens beseitigen, bevor die unausbleiblichen Folgen eintreten. Wir raten Ihnen, in Ihrer Apotheke 30 g Herber-Kerne zu kaufen, die unichälich, aber von prompter Wirkung sind. Verlangen Sie nur Herber.

4037



Entweder Rathreiners Mafzoffee oder gar keinen! Ich lasse mich nicht täuschen! Ich kenne den echten

Rathreiners Mafzoffee

nicht nur am geschlossenen Paket mit Kneipp-Bild, sondern auch an seinem Wohlgeschmack und würzigen Aroma.

Der Gehalt macht's!

Betriebsrätekonkurrenz.

Zu diesem Betriebsrätekonkurrenz schreibt uns die Firma Fuchs.

Die Vorwürfe, daß dem Kläger oblichtlich Kosten durch unsere Gelegschaft verursacht würden, erzogen zu unterschreiten. Der Kläger hat sich durch seine Organisation vertreten lassen, und deshalb hat unterstellt oblichtlich ebenfalls die Vertretung ihrer Organisation — den Arbeitsgerichtsverband — übertragen. Dieser ist wohl über den Schwerpunkt informiert worden, hat aber keine besondere Weisung erhalten, wie bis Angelegenheit vor dem Arbeitsgericht vertraten werden soll.

Ein Betriebsrat hat bei unserer Gesellschaft bestanden. Das geringe Interesse, welches Arbeiter und Angestellte der neuen Bildung einen Betriebsrates entgegenbringen, kann nur darin zu suchen sein, daß circa 70 Prozent unserer Arbeiter und Angestellten durch Zeitung von Leistungsaufgaben bei normaler Arbeitszeit weder über Tarif noch über die Tageszeit verfügen, und daß es sich die Gesellschaft auch sonst angelegen sieht, den Wählern außer in der Firma Tätigkeiten nach Möglichkeit aufzunehmen.

Auch nach dieser Darstellung beiden doch die Angaben unserer Betriebsfertigung zu recht bestehen, daß bei der Firma kein Betriebsrat besteht.

* In der Volkshochschule werden in der nächsten Zeit folgende Lehrgänge abgehalten werden: Über den Darwinismus (Vorlesung des Dozenten W.M.) von D.R. Nitsche, über Mechanik vom Leiter des Städtischen Schulmuseums, Fritz Ebholz, und in den nächsten Wochen Abendlehrgänge in Rechtschreibung und Rechnen. Die Anmeldungen können nur noch in dieser Woche im Volkshochschulamte, Münzstraße 16, täglich von 7½ bis 3½ Uhr, sowie am Sonnabend, den 24. Januar, auch nachmittags von 5 bis 8 Uhr, vorgenommen werden.

Die nunmehr wieder allsonntäglich fortgesetzten Museumsführungen von Kunsthistoriker Bernhard Stephan im Schlesischen Museum der bildenden Künste, Museumsplatz, finden 10 bis 11 Uhr vormittags statt, nicht 9½ Uhr. Das nächste Mal werden Bilder von Wilhelm Trübner, Karl Schuch, von dem das Museum ein Stilleben neu erworben hat, und Wilhelm Leibl besprochen. — Zu den Lehrgängen werden Anmeldungen im Volkshochschulamte, Münzstraße 16, noch entgegen genommen, wöchentlich von 7½ bis 3½ Uhr und am Sonnabend, den 24. Januar, auch nachmittags von 5 bis 8 Uhr, desgleichen ausnahmsweise am Sonntag im Museum nach der Führung.

* Arbeitersportfest für Sport und Körpererholung Freitag, 18. Februar, Winterport, Morgen, Freitag, von 6 Uhr ab im großen Saal des Gewerkschaftspalais, Filmvorführung: "Das Wunder des Schweins". 2. Teil. Die Jagdjagd im Engadin". (Prächtige Raumausnahmen.)

Zur Dekoration des Unfrohen ziehen Erwachsene 40 Pf., Kinder 20 Pf.

Gewerkschafts- und Parteigenossen, Frauen und Kinder, Arbeitersportler, zeigt durch Maßstablich, daß Ihr nur gute Filme sehen wollt.

* Die Freie Sängervereinigung Breslau-West veranstaltet Sonnabend, den 24. Januar, bei Guhl in Klein-Gandern ihren Masterball und hofft um guten Erfolg.

* Die Breslauer Turnergesellschaft vom 21. d. Ms., die vom jüdischen Staatsrat nach den Grundlagen des Staatslichen Reichsausschusses erarbeitet wird und zugleich als Grundlage für die Vereinigung der Reichsgruppe dient, beträgt 121,68 Mark.

* Zum Schlesischen Städtejahr. Die Leitung des Stadttheaters hat mitgeteilt, daß an der zu Ehren des Städtejahrs am Sonnabend, den 24. d. Ms., angesetzten Abendvorstellung "Aida" in vollkommen neuer Ausstattung mit 350 Mitwirkenden herausgebracht wird. Den Büchern aus der Provinz steht also ein ganz außergewöhnlicher Auftritt an.

* 3. d. J. Freitag, Donnerstag, den 22. Januar, abends 7½ Uhr, im Südlichen Jugendheim. In der Weißbasteianh. Arbeitsgemeinschaft der Kollegin Münn über: "Die Entwicklung des Handels und seine Entwicklung im Alten und Neuen Alter". (Der 2. Teil folgt am 12. Februar.) Sonnab., den 23. Januar, vormittags 9 Uhr: Werbe-Vormittag! (Alle Freunde treffen sich um 8½ Uhr vor dem Gewerkschaftshaus.) Nachmittags von 5½ Uhr in der Auto-Denkungs-AG 29: Sprechchorprobe. Um 18 Uhr gehen wir geflossen nach dem Gewerkschaftshaus, um an der "Art Liebmann"-Fest" der Jungsozialisten teilzunehmen. Dienstag, den 27. Januar, abends 7½ Uhr, im Heim, Laudenstraße 29: Sprechchorprobe.

* Der Breslauer Fotografen-Bund "Systom Trends" veranstaltet in der unter der Arbeiterschaft am weitesten verbreiteten und für jeden leicht erreichbaren besseren Vollstativgriff "Systom Trends" neue Anfänger-Kurse. Neben Vereins-, Partei- und Gewerkschaftsfunktionären ist es unbedingt die Kenntnis der Kunstfotografie anzueignen. (Älteres siehe Inserat.)

* Breslauer Buchläden, für die Stummgemeinde der Breslauer Volksbücherei wird als nächste Aufführung im Opern-Theater Shaws "Heilige Johanna" berichtet mit Carole Keeler in der Titelrolle. Die Einladung leitet von Willi Müller. Für die Kammerpiel-Gemeinde besteht freilich Barnay persönlich die drei Kinosäle "Die alte Tante und andere Begebenheiten" von Kurt Götz vor.

* "Im Hof des Mandarin" besteht am das Fest, das am 31. Januar in sämtlichen Räumen des Sino-Cafés vom Chor- und Ballettverein des heutigen Stadttheaters veranstaltet wird. Der Reinerlös ist für soziale Zwecke bestimmt.

* "Italiens Ball" täglich 7½ Uhr das große Kaiser-Monopoltheater. "Der Graf von Monte-Carlo", die Komödie unter Walzer. Ein Schauspiel, was jedermann sehen will.

* Ein neuer Großfilm "Dolphy Junior" der Präsident der Famous Players Lasky Corporation hatte bekanntlich einen Preis von 10.000 Dollar für den Autor des besten Films des Jahres ausgeschrieben. Wie bereits die Zeitungen gemeldet haben, wurde dieser Preis von dem Schiedsrichterhofsgremium Raphael Sabourin für den nach seinem Roman gedrehten Metro-Goldwyn-Mayer-Film "Scarborough" verliehen. Er läuft nächstens im Promenadentheater und in den Kinospielen.

* Durch Einbruch in eine Bodekammer, Leibnizstraße 11, sind am 14. Januar die nachfolgenden Sachen gestohlen worden: 2 Taschen, 4 Kopftücher, 2 Bettlaken, 1 Kuhne, 1 Kuhne, 1 weißer Prinzengroß, 1 Unterlaken, 5 Handtücher, M.L. zw.

J. L. gezeichnet, 2 Kärtchen Samptier, 6 Tischdecken gez. M.L. und J.L., 1 neue Kamelhaardecke und 1 Unterbett. Zweidienstige Tücher über den oben die Tüter erbittet die Kriminalpolizei. Zimmer 57.

* Beklagt wurden am 19. Januar ein Papplarion enthaltend fünf neue Domca-Winter-Hüte, die sicher durch eine strahlende Handlung erlangt sein dürften. Sachdienlich: Angaben nach Zimmer 48 des Polizei-Präsidiums erhoben, woselbst auch die Hüte beschlagnahmt werden können.

* Ein großer Einbruch in einen Zigarettenlagerraum ist in der Zeit vom 17. bis 19. Januar Karlstraße 9 ausgeführt worden. Gestohlen wurden 7000 Stück Zigaretten, in Kisten zu 50 Stück. Ladungen, Marie Adens, Ernesto, Carmen, Co-Op, Catena, Professor und Gloria. Leichtere Werte, 2000 Stück, befinden sich in Kisten mit dem Firmenprägung "Haus-Gesetz Gloria". Angaben erhoben die Kriminalpolizei. Zimmer 57.

* Dieuelle Frage wird ein immer ernsteres Problem der sozialen und politischen Volksgesundheit. Es ist daher zu begrüßen, daß sich die Volkshochschule eingeschlossen hat, in dieser Frage weiteren Kreisen der Bevölkerung durch einen wissenschaftlichen Lehrabend zur Ausklärung zu verschaffen, den Dr. med. et phil. Baron unter dem Thema: "Schluß und Chancen im Fach der Biologie, Medizin und Ethik" abhalten wird.

* Die zweite Frage wird ein immer ernsteres Problem der sozialen und politischen Volksgesundheit. Es ist daher zu begrüßen, daß sich die Volkshochschule eingeschlossen hat, in dieser Frage weiteren Kreisen der Bevölkerung durch einen wissenschaftlichen Lehrabend zur Ausklärung zu verschaffen, den Dr. med. et phil. Baron unter dem Thema: "Schluß und Chancen im Fach der Biologie, Medizin und Ethik" abhalten wird.

* Die zweite Frage wird ein immer ernsteres Problem der sozialen und politischen Volksgesundheit. Es ist daher zu begrüßen, daß sich die Volkshochschule eingeschlossen hat, in dieser Frage weiteren Kreisen der Bevölkerung durch einen wissenschaftlichen Lehrabend zur Ausklärung zu verschaffen, den Dr. med. et phil. Baron unter dem Thema: "Schluß und Chancen im Fach der Biologie, Medizin und Ethik" abhalten wird.

* Storchenträufung. Nach einer im Polizei-Unterschrieb abgebrachten Nachrufs-Polizeiverordnung vom 17. Januar sind die Bürgersteige, Fahrbahnen und die Künste aller innerhalb der geschlossenen Ortslage belegenen Straßen und Plätze nun mehr täglich (auch an Sonntagen) zu reinigen. In den Monaten April bis September muß die Reinigung um 6½ Uhr, in den Monaten Oktober bis März um 7 Uhr vormittags beendet sein. Das Streichen bei Zustandsänderungen hat in jedem eine Aenderung erfordert, die neuerdings die angeordnete Straße auf 150 Reichsmark erhöht worden ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Des Achtstundengesetz im französischen Eisenbahndienst.

Nach langem Unterhandeln wurde fürzlich das Achtstundengesetz, das für das Eisenbahndienst außer Kraft gesetzt werden war, und zwar durch Herrn Le Trequier (dem Minister der öffentlichen Arbeiten im Kabinett Poincaré), vom Ministerium Herriot wieder eingeführt.

Außerdem ist bekannt, daß die Regierung gewillt ist, vom Parlamente die Ratifizierung der Pariserer Abkommen zu verlangen. Die Regierung wird sich nur eine Bindung vorbehalten, nämlich die Erfüllung des Achtstundengesetzes durch die deutsche Regierung.

Was die Sozialisten angeht, so werden sie für ihr Teil die bedingungslose Belebung fordern.

Die Wahlen zur Bremer Arbeiterschaft.

Kommunistische Wahlvorschläge.

Am Sonntag wird die Neuwahl der im Jahre 1921 für das gesamte Bremer Staatsgebiet gebildeten Arbeiterschaft statt, die erste öffentlich-rechtliche Arbeiterschaftsleitung in Deutschland ist. In ihrem mehr als dreijährigen Bestand hat sie die Bremer Arbeiterschaft als eine Notwendigkeit für die Vertretung der Arbeiterschaft erkannt, die von seiner der breiteren Arbeiterschaften endeten Kommunen wahrgenommen wurden. Von 29 Städt. der Bremer Arbeiterschaft hatten die freien Gemeindewahlen 1921 insgesamt 29 Sitze inne, während ein Sitzen an die einzelnen Gemeindewahlen gefallen war. Bei der letzten Neuwahl stellten die Kommunen im Widerspruch zu den Vorschlägen der freien gewerkschaftlichen Organisationen eine eigene Parteiliste auf und modifizierten für diese Sonderliste in der Gewerkschaftsliste Weiß Propaganda, indem sie die Kandidaten der kleinen Gemeindewahlen zur Freude der Christlichen und Gelben in den Schaus zogen. Das hat ihnen nichts genutzt, denn die erdrückende Mehrheit der Bremer Arbeiterschaft hat die Liste der freien Gemeindewahlen gewählt. Bis jetzt sind aus dem Bremer Staatsgebiet folgende Tabelleliste aufgestellt: Für die Liste der kleinen Gemeindewahlen 12 Sitze Sitze, für die kommunistische Liste 1262 Sitze, für die Liste der Christlichen und Gelben 932. Die Verteilung der Sitze wird momentan vorbereitet wie folgt aussehen: reine Gewerkschaften 21 bis 22 Sitze, Kommunisten 6 bis 7, Christen und Gelbe 1 bis 2. — Im kommenden Sonntag findet die Wahl zur Bremer Arbeiterschaft statt.

Kommunistische Wahl vor der zahlmäßigen Niederlage.

Eine völlig feindseliges Taktik mündeten die Kommunisten am Montag bei der Aufstellung von Kandidaten zur Wahl der Hamburger Ortsverordnung des Metallarbeiterverbandes an. Obgleich die "hamburger Politierung" möglich über kommunistische Siege in den flüssigen Betriebsausschüssen des Metallarbeiterverbandes zu berichten weiß, kontrarierten die Hamburger Kommunisten eine offizielle Niederlage in Hamburg. Sie konnten die reale Schieflage zwischen den Ansprüchen und den tatsächlichen Resolutionen erwidern, stellten eine eigene Liste auf, welche die Kandidaten mit auf die Liste der Amerikaner Richtung legen. Das wurde noch so absehbar, daß da nun nur eine Liste auf der die bisherigen Mitglieder der Ortsverordnung konkurrierten, eingesetzt war, galt diese als gewählt. Die Kommunisten haben mit ihrer Taktik allerdings eins erreicht: Sie haben bewiesen, daß die Niederlage innerhalb des Metallarbeiterverbandes faktisch unbedingt prägefertigt werden kann.

Schulentlassung und der gewerbliche Lehrvertrag.

Von Obermaier der hauptberuflichen Gesellenausbildung wird wie folgt geschrieben:

Mit Ende dieses Quartals steht das Ende der Schulentlassung der Befreiung und Abschaffung, und die meisten von ihnen stehen mit dieser Tage in das fachliche Wirtschaftsgetriebe ein, sei es als Arbeitsschule oder als Lehrtag freie Berufe. Aber ebenso wie diese Berufe müssen die Gewerbe des elterlichen Haushalts zu erhöhen.

hat einen Job in den neuen Zweigen ihrer beruflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Lehrlinge im Handwerk und Gewerbe, die eine längere Ausbildung durchzumachen haben, unterliegen Lehrvertrag. Nach den Vorrichten der Gewerbeaufsicht für die Handlungsfählinge gilt das Handelsgeschäftsbuch.

Für die Handlungsfählinge gilt das Handelsgeschäftsbuch.

Der Lehrvertrag in seiner heutigen Form ist Gegenstand näherer Erörterung sein.

Wer ein Handwerk erlernen will, muß sich natürlich Lehrzeit unterziehen. Die Lehrzeit soll in der Regel drei Jahre dauern; sie darf den Zeitraum von vier Jahren nicht überschreiten. Die Dauer der Lehrzeit kann auch von der Handlungsfählinge für die einzelnen Gewerbe nach Anhörung der betreffenden Lehrlinge festgestellt werden. Die Lehrzeit ist in einem formellen Vertrag zu regeln. Bei gewerblichen Lehrlingen muß der Lehrvertrag vier Wochen abgeschlossen werden. Der Lehrvertrag muß dabei enthalten:

1. die Bezeichnung des Gewerbes oder des Zweiges des gewerblichen Tätigkeits,
2. die Dauer der Lehrzeit,
3. die gegenwärtigen Leistungen,
4. die geistigen und körperlichen Voraussetzungen, welche die einseitige Ausübung des Lehrvertrages erfordert.

Gültig ist der Lehrvertrag nur, wenn er von dem Gewerbeleiter oder seinem Stellvertreter, dem Lehrling und geistigen Vertreter des Lehrlings (Vater oder Vermund) unterschrieben ist. Auch ist dem geistigen Vertreter des Lehrlings Erm lat auszuführen. Die Innungen können bestimmen, der Abschluß des Lehrvertrags von der Innung erfolgen soll.

Es kann nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, daß der Lehrvertrag nicht förmlich geschworen zu werden. Das sieht auch eine Probezeit vor. Während der Probezeit kann der Regel an der Woche reicher sein, gleichwohl aber nicht drei Monate ausgedehnt werden darf, kann das Lehrverhältnis jederzeit aufgelöst werden. Nach Ablauf der Probezeit kann Ausübung seitens des Lehrlings erlaubt werden, wenn er zur Fortsetzung der Arbeit nötig wird, oder wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit einer erwachsenen Gefahr droht, welche jemals würde, die bei Eingang des Vertrages nicht erkannt worden war, ferner, wenn er vom Lehrherrn, seinem Familienvorsteher, oder seinem Vertreter zu strafbare Handlungen verlebt. Der Lehrherr kann nicht schuldig sein, wenn der Lehrling nicht gezahlt wird.

Weiter gelten noch als Auflösungsgründe, wenn der Lehrherr keine geistigen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer Gewissheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings zum Beispiel.

Die Gewissheit zum Beispiel, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings ist, wenn er die innige Verbindung der Arbeit und die Gesundheit einer erwachsenen Gefahr droht, welche jemals würde, die bei Eingang des Vertrages nicht erkannt worden war, ferner, wenn er vom Lehrherrn, seinem Familienvorsteher, oder seinem Vertreter zu strafbare Handlungen verlebt.

Wieder gelten noch als Auflösungsgründe, wenn der Lehrherr keine geistigen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer Gewissheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings ist, wenn er die innige Verbindung der Arbeit und die Gesundheit einer erwachsenen Gefahr droht, welche jemals würde, die bei Eingang des Vertrages nicht erkannt worden war, ferner, wenn er vom Lehrherrn, seinem Familienvorsteher, oder seinem Vertreter zu strafbare Handlungen verlebt.

Die Belebung nach Beendigung des Lehrverhältnisses über den Dauer der Lehrzeit, die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten gelten der Lehrling als aufgehoben, wenn die Innung die Ausübung binnen vier Wochen getötet gemacht wird. Seitens des Lehrherrn kann die Ausübung erfolgen, wenn einer der § 123 der Gewerbeordnung vorgegebenen Fälle auf den Lehrling anwendbar sind oder wenn er die ihm nach § 127a auferlegten Pflichten wiederholt verlegt oder den Bezug der Berufsfähigkeit vertrügt.

Nach Beendigung der Lehrzeit ist den Lehrlingen Gelegenheit gegeben, sich der Gesellenprüfung zu unterziehen. Hierzu ist vom Lehrherrn und der Innung angehoben werden. Die Innung der Gesellenprüfung erfolgt durch Prüfungsausschüsse, bestehend aus dem Lehrer zur Hälfte aus Meistern und Gesellen bestehend. Bei der Belebung nach Beendigung des Lehrverhältnisses über den Dauer der Lehrzeit, die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten gelten der Lehrling als aufgehoben, wenn die Innung die Ausübung innerhalb der vier Wochen getötet gemacht wird. Seitens des Lehrherrn kann die Ausübung erfolgen, wenn einer der § 123 der Gewerbeordnung vorgegebenen Fälle auf den Lehrling anwendbar sind oder wenn er die ihm nach § 127a auferlegten Pflichten wiederholt verlegt oder den Bezug der Berufsfähigkeit vertrügt.

Nach Beendigung der Lehrzeit ist den Lehrlingen Gelegenheit gegeben, sich der Gesellenprüfung zu unterziehen. Hierzu ist vom Lehrherrn und der Innung angehoben werden. Die Innung der Gesellenprüfung erfolgt durch Prüfungsausschüsse, bestehend aus dem Lehrer zur Hälfte aus Meistern und Gesellen bestehend. Bei der Belebung nach Beendigung des Lehrverhältnisses über den Dauer der Lehrzeit, die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten gelten der Lehrling als aufgehoben, wenn die Innung die Ausübung innerhalb der vier Wochen getötet gemacht wird. Seitens des Lehrherrn kann die Ausübung erfolgen, wenn einer der § 123 der Gewerbeordnung vorgegebenen Fälle auf den Lehrling anwendbar sind oder wenn er die ihm nach § 127a auferlegten Pflichten wiederholt verlegt oder den Bezug der Berufsfähigkeit vertrügt.

Neben die Belebung ist — natürlich in den Handwerksbetrieben entfällt die Gewerbeordnung besondere Bestimmungen. Danach ist die Belebung zum Halten und zur Ausleitung von Lehrlingen nur solchen Personen zu, die die Gesellen- und Meisterprüfung bestanden und dadurch den Titel als Meister erworben haben. Diese Belebung kann Personen ganz oder auf Seiten einzeln gewährt werden, die sich wiederholt große Pflichtverletzungen gegen ihre anerkannten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder geistliche Tatsachen vorliegen, die sie in sittlicher Beziehung zu Halten und zur Ausleitung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen.

Neben die Belebung zur Ausleitung von Lehrlingen kann ferner solchen Personen erlaubt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur Ausleitung von Lehrlingen nicht geeignet sind.

Die Pflichten des Lehrherrn bestehen geistig darin, daß er den Lehrling in den in seinem Betriebe vorliegenden Arbeiten des Gewerbes, dem Zwecke der Ausbildung entsprechen, unterweisen muß, ihn zum Besuch der Fortbildung und der Hochschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Dringende Arbeiten berechtigen den Lehrlingen nicht, Lehrling vom Schulbesuch abzuhalten. Er muß entweder jedoch durch einen geeigneten ausdrücklich dazu bestimmten Beauftragten die Ausbildung des Lehrlings leiten, den Lehrling in Arbeitskleid und zu guten Sitten anhalten und vor Arbeitsbeschaffungen bewahren; er hat ihn gegen Mißhandlungen seines Arbeiters und Hausgenossen zu führen und dafür Sorge zu tragen, daß die Lehrlinge nicht Arbeitsverrichtungen zugewiesen werden, die seinen körperlichen Kräften nicht angemessen sind. Während die Ausleitung durch den Lehrherrn über den ausdrücklich dazu bestimmten Beauftragten erfolgen muß, kann die Unterrichtsstunden in einzelnen technischen Handgriffen und Fähigkeiten durch jeden Gesellen erfolgen. Zu häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, die im Hause des Lehrherrn weder Kosten noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden. Falls der Lehrling in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen ist, so hat der Lehrherr in Abhängigkeit des Wohns- und Schlafraumes, der Erziehung, sowie der Arbeits- und Scholussetze diejenigen Einrichtungen zu treffen, die mit Rücksicht auf die Gesundheit des Lehrlings erforderlich sind.

Zus Schlesien.

Endlich gepaßt!

von der Presseabteilung der nationalsozialistischen Freiheitspartei wird, ist der frühere Reichsgerichtsgebaute a. D. von Heydebreck am 20. Januar vormittags vor dem Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik Zeitung an anfänglich des Hitlerputzes im November überwiesen entstandenen Unruhen verurteilt. Er wurde am 4. Mai 1924 in den Reichstag gewählt und hatte sich vor der Strafverfolgung durch seine Mannschaft schützen können. Am 7. Dezember ging ihm durch Abstimmung der Nationalversammlung das Mandat und damit die Macht verloren. Jetzt kann er endlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Die mitgeteilte Kreiskonferenz für Schlesien findet nicht am 1. Februar, sondern am 1. März mitgeteilten Zeit, in demselben Lokal und mit Tagesordnung statt. Die Kreisleitung.

a. D. Ein lebender Totter. In der Strafanstalt (Oldenburg) wurde der Schlesische Straftäter angezeigt, daß sich seine Qualitäts-Quittungsliste im Hofbezirk befindet. Diese war wieder ausgetauscht ihres Gegenwartes nicht wenig erstaunt, seit dem 7. März vorigen Jahres vermisst und am 1. März aufgefunden wurde. Der Sterbefall ist auch, nachdem die Frau nach Coel begangen und in der aufgeschlüsselten Wasserleiche ihren Mann erkannt, beim dortigen Standesamt beurkundet worden.

Kein Geld für neue Bahnen zu reden. Beim Reichsbahndirektion steht heute eine Konferenz, um sich Vertreter der Kommission und verschiedene Landesbeamte. In dieser Konferenz wurde festgestellt, daß zwar für den Ausbau der oberschlesischen Bahnen Mittel bereitgestellt würden, aber es fraglich erscheine, ob Mittel aus den Bahnstrecken in den Staat eingestellt werden sollten. Die Finanzen der Reichsbahn für diese Zwecke nicht.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Krieger und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Neisse, Sonntag, den 13. Januar, keine diesjährige Hauptversammlung im kleinen Saale des Stadthauses ab, welche infolge der und des regen Interesses der Mitglieder gut besucht und der Regierung Tagesordnung gedacht. Der erste Vorsitzende Weise alter derer, die auf dem Seide der Feindseligkeit ihres Lebens gelassen haben. Während der regelmäßige Tagesordnung und des Ratschlags auf das Jahr mit seinen Leidern und Freuden sprach der erste Kamerad Willimsky, insbesondere dem Magistrat für die Stellung des Saales zu den Monatsversammlungen. Einem Hilfsclub Neisse für die kostenlosen Fahrten usw. nach dem herzlichen Dank aus. Die Neuwahl des Vorstandes fand dieselbe Bild wie im Vorjahr. Hierdurch gelangten wir für die Wohnhilfeverein bestimmte, aber zu spät eintretenden zur Verteilung.

Das Ortsamt des ADGB hielt am 1. Januar eine Gemeinschaftsversammlung ab. Nachdem für den Arbeitsnachweis wurden die Kollegen im Saal des Stadthauses ab, welche infolge der und des regen Interesses der Mitglieder gut besucht und der Regierung Tagesordnung gedacht. Der erste Vorsitzende Weise alter derer, die auf dem Seide der Feindseligkeit ihres Lebens gelassen haben. Während der regelmäßige Tagesordnung und des Ratschlags auf das Jahr mit seinen Leidern und Freuden sprach der erste Kamerad Willimsky, insbesondere dem Magistrat für die Stellung des Saales zu den Monatsversammlungen. Einem Hilfsclub Neisse für die kostenlosen Fahrten usw. nach dem herzlichen Dank aus. Die Neuwahl des Vorstandes fand dieselbe Bild wie im Vorjahr. Hierdurch gelangten wir für die Wohnhilfeverein bestimmte, aber zu spät eintretenden zur Verteilung.

Am Baum zu sein. Die Stadt Neisse beteiligt sich an einer Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegegenüber einer Einlage von 60 000 Mark, wofür ihr ein Auftrag zusteht. Die genannte Gesellschaft hat dauernd die Haushaltsgesellschaft, sowie die Eigenhandaufstellung Neuland finanziert. Sie will nun in Neisse eine Zweigstelle. Im Jahre 1924 hat sie hier den Betrag von 140 000 Mark erzielt, indem sie 900 000 Mark zur Verfügung stellte. In den kommenden Jahren wird sie Stadt selbst voransetzen Wohnhäuser bauen; um so mehr wird der Roh-

nungsraum in den Händen der hiesigen im Deutschen immeinen Organisationen liegen. Die Stadt will in diesem Jahre Schul-Steuer- und Gewerbesteuern vornehmen, sowie die Kinderkrankenwohnlichkeit einrichten.

Arbeiter-Sport

Ein alter Arbeitssportler!

Sportgenossen! Der erste Kreis des Arbeiter-Sportbundes hat am 18. Januar beschlossen der Anzeigung des Kreisgerichtsbezirks folge zu geben und an das Sekretariat Schlesien für jedes seiner Mitglieder pro Monat, beginnend mit dem 1. Januar 1925 einen Pfennig abzuführen. Damit soll dem Kartell ermöglicht werden, seine Aufgaben durchzuführen und für die einsätzliche Amtsführung des Kreises zu sorgen. Der Sekretär soll dann die Wirkung aller Bände in Schlesien fördern und den Vereinen im Verkehr mit den Behörden zur Hand gehen, damit ihnen die Unterstützung von dort wird, die die bürgerlichen Vereine ohne Zweifel haben.

Sorgt in Euren Vereinen für absolut gleichen Besuch und sorgt für ununterbrochene Aufführung dicker Mittel an den Gen. Hermann und Breslau. Der Kreis des Arbeitersportbundes hat für zwei Monate den Vertrag bereits abgeschlossen. Frei Heil!

Zentralkommission für Arbeiter-Sport und Körperpflege
Sekretariat Schlesien
Richard Hahn, Breslau, Brüderstraße 18.

Die arbeiterfreundliche Presse Schlesiens wird um Ablauf gebeten.

Stenographie-Kurse

Nicht nur Körperfunktion, sondern auch Geistesfunktion soll und muss jeder Proletarier betreiben. Möchtet eines jeden ist es, die Lider einer mangelfreien Schulbildung auszufüllen und in alle Stufen des Büffens einzutreten. Kein anderes Hilfsmittel liefert darüber so unfehlbare Vorbücher, wie die Stenographie. Ihre Anwendung schafft Erleichterung bei Nebenfunktionen jeder Art, z. B. während der Teilnahme an Bildungskursen, bei Versammlungen, Protokollen usw. Ein gutes Stenographiehilfsmittel, wie die "Deutsche Volksstochter", System Arends, kann von jedem in kurzer Zeit erlernt werden, selbst von dem schwierigsten Handarbeiter. Jeder Vereins-, Partei- und Gewerkschaftsmitglied sollte sich also dieses Büffenszeugs aneignen. Neue Anfangszeit ist bestimmt der Arbeitersport-Kreisverein "Sternen Freunds". Anmeldungen hierzu werden spätestens im Januar an Gymnasium, Zimmer 3, 1. Stock. Ein zweiter Kursus findet zu gleicher Zeit in der Schule Matthiasstraße 112, 1. Stock, Zimmer 8, statt. Die bereits gemeldeten Teilnehmer wollen sich an den ihnen gewohnten Stellen einfinden. Kursgebühr: einschließlich Lehrmittel, nur 3 Mk. Jede weitere Auskunft beziehts Unterzeichnerstellung, auch an anderen Tagen, erfordert Schriftsteller. G. En., Neuburstrasse 93.

Freie Turnerschaft Breslau. 7. Abteilung. Alle Mitglieder der Abteilung werden nochmals auf die am Freitag, den 23. Januar, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Es ist Pflicht aller zu erscheinen.

S. B. Pöschel e. V. Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 Uhr: Vorlesungsabend im Gewerkschaftshaus. — Sonntag, den 25. Januar, vormittags 8 Uhr, treffen sich sämtliche jugendlichen Handballspieler im Gewerkschaftshaus. Es scheinen aller ist Pflicht, weil sonst nachmittags keine Spielberechtigung. Nachmittags 3 Uhr müssen alle Riegeln mit Material auf dem Boxenbad einsteigen. — Montag, den 26. Januar, abends 7 Uhr: Schülerturnabend im Augenhein, An der Mattheskunst. Anschließend Sitzung sämtlicher Riegelführer und Riegelmänner.

Breslauer Produktentbörse vom 21. Januar.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Brudertentbörse vom 21. Januar gehaltenen Preise in Goldmark (1 Goldmark = 100 Dollar) ab (ohne Verabrechnung, Getreide und Delikatessen in vollen Waggons. Tendenz: Getreide: Beruhigt. — Delikatessen: Bis auf Leinwand leicht ruhig. — Mehl- und Mahlprodukte: Beruhigt. — Sämereien: Ruhig.

Getreide:	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):		Delikatessen	21. 20.
	21.	20.		
Weizen	27,50	27,50	Raps, Wint. 24	—
Kuggen	26,50	26,50	do, 25	39,00
Hafer, alter	19,50	19,50	Leinwand	43,00
Brauner	31,50	31,50	Senfwaren	43,00
Müsliherste	27,50	27,50	Honig	43,00
Buttergerste	—	—	Wohn, klein	90,00

Die Preise vertheilen sich bei isolarter Bezahlung.

Amtl. Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

21.	20.	Auszugsmehr			21. 20.
		geringe	mittlere	gute	
Wizenmehl	39,50	39,50	Timofth	18	23
Roggemehl	38,50	38,50	alles feinfrei	32	—
			Rangos	15	28
			Sesame	—	—
			Samtelle, m	—	10

Gärtner, mittlere

Gärtner, gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr sehr gute

Gärtner, sehr sehr sehr gute

Gärtner, sehr sehr sehr sehr gute

Gärtner, sehr sehr sehr sehr sehr gute

Gärtner, sehr sehr sehr sehr sehr sehr gute

Gärtner, sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr gute

Gärtner, sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr gute

Gärtner, sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner, sehr gute

Gärtner,

